

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

141 (20.6.1913) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 451.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 S. Volalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Noch einmal Massenstreik und preussische Wahlreform.

Man schreibt uns: „In zwei Artikeln „Was nun?“ und „Der Massenstreik und die preussische Wahlrechtsfrage“ bespricht der „Volkshfreund“ die gegenwärtige Situation in Preußen-Deutschland. In ausführlicher Weise wird in beiden Artikeln versucht, den Lesern planmäßig zu machen, daß, wenn unsere preussischen Genossen eine Aenderung der Verhältnisse herbeiführen wollen, es notwendig ist, daß „so wie bisher der Kampf um die preussische Wahlreform nicht weitergeführt werden darf“ und „ein neuer Weg zur Erreichung des Zieles“ gesucht werden muß. In Uebereinstimmung mit dem Genossen Eisner vertritt der „Volkshfreund“ die Idee von einem Zusammengehen im ersten Wahlgang mit den Liberalen, von einem Aufspalten der Liberalen durch eine Massenaktion des Proletariats, um auf diese Weise eine reformfreundliche Mehrheit zustande zu bringen. Ein anderer Weg führe nicht zum Ziele, insbesondere nicht die Anwendung des Massenstreiks.“

Man muß schon sagen, der Vorschlag hat etwas Bestehendes an sich — aber nur für einen Augenblick. Denn fragen wir uns, was bei einem solchen Zusammengehen erreicht würde, so müssen wir, wenn wir die Tatsachen auf uns wirken lassen, eingestehen, daß wir nichts, aber auch rein gar nichts bei der Sache für uns erreichen würden. Denn Tatsache ist doch, daß nach dem Ausfall der letzten Wahlen Konstante über 800 Sitze verfügen, die Nationalliberalen über 78, die Volkspartei über 37, Polen 12 und Sozialdemokraten 10. Auf Grund dieser Tatsachen, wobei zu beachten ist, daß durch die Stärkung der Nationalliberalen um 9 Mandate eine Stärkung des rechtsnationalen Flügelns stattgefunden hat, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, selbst wenn die Arbeitererschaft im ersten Wahlgang nationalliberal wählen würde, auf absehbare Zeit eine Aenderung herbeizuführen.

Kein Zufall dürfte es sein, daß die Verfechter der Eisnerschen Idee fast isoliert dastehen und daß man zurzeit innerhalb der Parteigenossenschaft erfreulicherweise dazu übergeht, ernsthaft den Gedanken der Anwendung des politischen Massenstreiks in Erwägung zu ziehen. Und meines Erachtens führt kein anderer Weg zum Ziele! Mit der Waffe des Massenstreiks muß das preussische, nein, das deutsche Proletariat, sich die preussische Wahlreform erkämpfen. Mit dieser Waffe wird das deutsche Proletariat die Hochburg der Reaktion zur Kapitulation zwingen, mit dieser Waffe wird aber auch der Liberalismus gezwungen, Farbe zu bekennen, denn nicht dadurch, daß wir ein Teufelmeddel mit dem Liberalismus machen, kommen wir zum Ziele, sondern dadurch, daß wir ihn zwingen, wenn er ernsthaft eine Reform will, die dem Volke Rechte bringt, unser Marschtempo anzunehmen. Kann er das nicht, dann soll und muß er eben auf der Strecke bleiben, wir können ihm dann auch nicht mehr helfen.

Dagegen wird jedoch eingewendet, daß für den Massenstreik in Preußen-Deutschland die Sympathie weiter bürgerlicher Kreise fehlt und ohne diese Sympathie sei der Massenstreik nicht durchzuführen. An dem ist ja soviel richtig, daß wir heute ein überwiegend politisch defektes Bürgertum besitzen, das selbst nicht mehr den Mut aufbringt, für seine eigenen Rechte in den Kampf zu ziehen und daß das Proletariat, wenn es auf die Erwerbung der Kampfesfreudigkeit und -fähigkeit des Bürgertums harrt, zum Narren werden kann, wann es will. Nicht vergessen dürfen wir, daß es heute fünfzig Jahre sind, wo ein Ferdinand Lassalle die Hoffnung aufgegeben hat, mit einem liberalen Bürgertum der Regierung eine siegreiche Schlacht zu schlagen. Heute wird wohl kein Mensch behaupten wollen, das liberale Bürgertum sei tapferer, sei kampffreudiger. Im Gegenteil! Je mehr sich das Proletariat streckt und rekt, desto inniger wird die Verbindung des Liberalismus, insbesondere des Nationalliberalismus mit der Reaktion. Dabei übersieht man nicht, daß von Zeit zu Zeit sich auch noch Gegensätze innerhalb der mit der Reaktion Hand in Hand gehenden Bourgeoisie auftun, die sich das Proletariat zur Stärkung seiner eigenen Macht zu Nutzen machen kann und muß.

Man bleibe uns damit fern, daß eben der Fabrikantenliberalismus ausgeschaltet werden müsse. Das mag bis zu einem gewissen Grade in Baden jetzt noch möglich sein, aber in Preußen ist dies auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung eine Unmöglichkeit. Und wenn! Glaubt jemand im Ernste daran, daß der Fabrikantenliberalismus, weil er im Parlament ausgeschaltet ist, zur Einflußlosigkeit verdammt wird? Mit nichten!

Es bleibt also zur preussischen Verfassungsänderung kein anderer Weg als der, den Genosse Dr. Frank in so ausgezeichneter Weise in Wilmersdorf sich zu eigen gemacht hat und in folgenden Worten Ausdruck gab:

„Wenn alles Bitten umsonst ist, dann muß es endlich heißen: Heraus aus den Fabriken, heraus aus den Werkstätten, heraus aus den Kontoren!“ Und das ist der Massenstreik!

Es dürfte aber auch für das Proletariat weit zweckmäßiger sein, anstatt daß sich seine Presse darüber unterhält, wie dem

Liberalismus neues Leben einzuhauchen ist, das Proletariat zum Klassen- und damit zum Kraftbewußtsein zu erziehen, um angesichts der kommenden schweren Kämpfe eine geschlossene Phalanx bilden zu können und die preussische Wahlrechtsfrage aus eigener Kraft zu lösen. Diese Auffassung ist durchaus nicht, wie der „Volkshfreund“ meint, die Illusion zu Pferde, sondern entspringt aus der Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Je eher sich das Proletariat diese Erkenntnis zu eigen macht, desto rascher und gründlicher wird die Lösung erfolgen. Gg. D.

„Bestehend“ sind die vorstehenden Ausführungen u. c. nicht, im Gegenteil, sie gehen um den Kern der Streitfrage herum, wie die Kasse um den heißen Brei. Mit dem Massenstreik — er mag den denkbar günstigsten Verlauf nehmen — ist die preussische Verfassungsfrage noch lange nicht gelöst. Dazu gehört vor allen Dingen eine absolute unentbehrliche Voraussetzung, und das ist eine andere Zusammenfassung des preussischen Dreiklassenparlamentes. Oder glauben die Kritiker unserer Auffassung, daß am Ende gar Wilhelm II. dem preussischen Volke ein besseres Wahlrecht aufoktrohrt? Sicher nicht. Wenn damit aber nicht gerechnet werden kann, bleibt doch nichts anderes übrig, als die parlamentarischen Vorbedingungen für die Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage zu schaffen. Ob dazu der Massenstreik das geeignetste Mittel ist, erscheint uns mehr als fraglich. Wir befürchten das direkte Gegenteil.

Ganz abgesehen davon, ob die Voraussetzungen für den politischen Massenstreik gegeben sind oder nicht, muß die einfachste Ueberlegung jedem sagen, daß die Sozialdemokratie allein weder zahlenmäßig noch politisch in absehbarer Zeit die Macht besitzt, eine Reform des preussischen Wahlrechts zu erzwingen. Der Massenstreik würde mit größter Wahrscheinlichkeit die Sozialdemokratie in diesem Kampf isolieren. Man kann dieses Problem in aller Ruhe erörtern, aber man soll sich vor der Illusion hüten, als ob der Generalstreik ein Alibiinstrument im politischen Kampf wäre. In Belgien hat der Massenstreik jeweils mit einem Mißerfolg unserer Partei abgeschlossen, solange die Liberalen dieser ultima ratio im politischen Kampfe ablehnend gegenüberstanden. In Preußen sind die Verhältnisse heute und für absehbare Zeit für den politischen Massenstreik noch ungleich ungünstiger, als sie es früher in Belgien waren. Der Massenstreik ist keine Zauberformel, die man nach Belieben anwenden kann. Sehr zutreffend bemerkt die sonst sehr radikale „Eisnerer Volkszeitung“:

„Das letzte Beispiel des belgischen politischen Massenstreiks scheint eine geradezu verheerend gleichmachende Wirkung in den Köpfen mancher unserer Parteiführer angerichtet zu haben. In unserem weltlichen Industriegebiet Preußens haben wir seit 1880 nun schon dreimal den wirtschaftlichen Massenstreik im Vergangenen erlebt und die praktischen Lehren dieser Bewegung kennen gelernt, die sich bis jetzt noch in keine noch so schön erflügelte Surrealistik hineinpressen läßt.“

Und die Chemnitzer „Volksstimme“ schreibt: „Wir haben nichts gegen eine Erörterung der Massenstreikfrage, halten den politischen Massenstreik selbst aber auf absehbare Zeit in Deutschland für undurchführbar. Wir haben den Mut, so feige zu sein, daß wir auf jedes Kampfmittel verzichten, von dessen Unwirksamkeit wir von vornherein überzeugt sind. Vom Reiche her und durch schriftliche Wahlreformen in Preußen wird sich das deutsche Proletariat vorwärtsbohren.“

Man vergesse nicht, daß wir beim politischen Massenstreik viel, sehr viel auf Spiel setzen, nicht bloß für die Partei, sondern nicht minder viel für die Gewerkschaften, die dabei ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Wozu man unter viel günstigeren Umständen in Baden, Württemberg und Bayern jahrzehntelange Kämpfe führte, das kann in Preußen nicht aus dem Handgelenk heraus geschaffen werden. Wir wären heute auch in Preußen schon weiter, wenn unsere Partei zu derselben Zeit, wo man in Süddeutschland angefangen hat, sich für die Landtagswahlen zu interessieren, dort das gleiche getan hätte. Statt dessen hat man in Preußen jahrzehntelang auf die „Verfaulung“ des Dreiklassenwahlrechts gewartet. „Die Sünden der Väter rächen sich — auch in der Politik — bis ins dritte und vierte Glied.“

Die Redensart vom „Fabrikantenliberalismus“, mit dem wir nicht paktieren könnten, ist hinfällig. Wer hat denn je verlangt, daß wir mit dem Fabrikantenliberalismus paktieren? Wir nicht. Was in England, in Schweden, Norwegen, in Belgien, Frankreich, Italien und auch in Süddeutschland möglich ist, kann doch in Preußen nicht ganz und gar unmöglich sein. Daß in Preußen der Liberalismus heute noch eine stark reaktionäre Färbung hat, ist doch noch lange kein Beweis dafür, daß er nicht durch uns gezwungen werden kann, eine andere Stellung in der so wichtigen preussischen Verfassungsfrage einzunehmen. War denn der badische Nationalliberalismus vor knapp 1 1/2 Jahrzehnten nicht auch

noch reaktionär bis in die Rippen und hat er nicht, genau wie die preussischen Junker, sich mit aller Macht gegen die Wahlrechtsreform gestäubt?

Das Scharfmachertum spielt im Liberalismus nur solange eine dominierende Rolle, als die Sozialdemokratie sich politisch isoliert und ihre Macht nicht dazu benützt, den Liberalismus vor die Alternative des Entweder — oder zu stellen. Das ist in Preußen nicht anders wie in allen anderen Staaten. Auch in Preußen setzt sich die übergroße Mehrheit der liberalen Wähler nicht aus Fabrikanten und politischen Reaktionären zusammen, sondern aus Elementen, welche für den liberaldemokratischen Ausbau der Verfassung gewonnen werden können. Nur ist das in Preußen im Hinblick auf die fast unbegreifliche Rückständigkeit in der politischen Kultur schwerer, als bei uns im Süden. Um so gründlicher und ruhiger muß aber gerade deshalb die Frage geprüft werden, auf welchem Wege eine starke Koalition gegen das reaktionäre Regiment zustande kommen kann.

Genosse D. weist wie Genosse Dr. Kallmann in einem Artikel in der „Volksstimme“ darauf hin, daß kaum eine Aussicht vorhanden ist, durch die von uns befürwortete Taktik eine reformfreundliche Mehrheit im preussischen Dreiklassenparlament herbeizuführen. Ja, wie soll das denn durch den Massenstreik erzielt werden? Glaubt man denn wirklich, die preussischen Junker fürchteten sich vor dem Massenstreik und sie würden durch diesen zur Kapitulation gezwungen werden können? Solange die Junker so stark sind im preussischen Parlament und solange sie sich auf die Soldaten verlassen können, werden sie sich vor dem Massenstreik nicht nur nicht fürchten, sondern er wäre ihnen wahrscheinlich weit mehr willkommen, weil, wenn er verloren ginge, die preussische Wahlrechtsbewegung mindestens auf Jahre hinaus einen schweren Stoß erleiden würde. Die Junker kapitulieren nur vor einer tatsächlichen, nie vor einer imaginären Macht.

Sodann aber vergessen die Genossen D. und Dr. Kallmann, daß bis jetzt die Wahlbeteiligung in Preußen mehr als schlecht war. In vielen Wahlkreisen werden die Kandidaten nicht gewählt, sondern sozusagen einfach proklamiert. Das wird nicht anders, solange nicht eine Taktik bei den Wahlen befolgt wird, die es ermöglicht, die Massen der liberalen und sozialdemokratischen Wähler mobil zu machen. Ist denn der Versuch nicht der Mühe wert? Geht das die Arbeitererschaft auf ferne Hoffnungen verbrüsten?

Wenn es bei der letzten Wahl schon möglich war, die Reaktion um 15 Mandate zu schwächen, um wie viel könnte sie erst reduziert werden, wenn die Sozialdemokratie ihre jetzt brachliegende Macht dazu benützen würde, liberale Wahlkreise zu wählen? Die Fortschrittler würden sicher mit beiden Händen zugreifen, denn sie hätten dadurch ungleich größere Chancen als bei dem Zusammengehen mit den Nationalliberalen. Diese wären isoliert und müßten notgedrungen einlenken, wenn sie sich nicht der Reaktion verschreiben wollten, was sicher eine Sprengung der nationalliberalen Partei zur Folge hätte. Auch das Zentrum in mühe dann eine entscheidendere Stellung in der Wahlrechtsfrage einnehmen. Der Wahlrechtskampf würde erst mal ernst werden.

Nicht dämpfen wollen wir — nichts liegt uns ferner. Wir würden uns im Gegenteil herzlich freuen, wenn im deutschen Proletariat mehr „revolutionäre Energie“ vorhanden wäre. Allein was nicht ist, kann künstlich nicht gemacht werden. Der Deutsche — auch der deutsche Proletarier — ist nüchtern, ruhiger veranlagt, als die romanischen Völker. Wir können den Volksharakter nicht künstlich ummodellieren. Nicht Wünsche, sondern Tatsachen spielen in diesen Fragen die entscheidende Rolle. Tatsache aber ist, daß das deutsche Proletariat bei all seinen Vorzügen nicht über jenes Maß „revolutionärer Energie“ verfügt, wie seine Kampfesgenossen in anderen Ländern. Wohl aber verfügen sie über eine straffere Disziplin, über bessere Organisationen. Diese Kräfte gilt es, in dem Kampf um die preussische Wahlrechtsreform restlos mobil zu machen.

Der Massenstreik ist ein sehr zweischneidiges Schwert, ihn anzuwenden, heißt alles auf eine Karte setzen, bedeutet in Preußen-Deutschland die politische Isolierung des Proletariats im Kampf gegen die Reaktion. Das sind Tatsachen, über die man mit noch so schön gedeuteten Redensarten nicht hinwegkommt.

Gewiß muß das preussische Proletariat sich die Wahlreform erkämpfen. Aber was soll es denn heißen, wenn Genosse D. schreibt: „Mit der Waffe des Generalstreiks wird das deutsche Proletariat die Hochburg der Reaktion zur Kapitulation zwingen.“ Das sind doch nur leere Redensarten, hinter denen nichts, aber auch rein gar nichts steckt, als ein kindlicher Glaube an den Wunderwirkungen des Massenstreiks. Der Liberalismus wird erst dann gezwungen, eine wirklich liberale Reformpolitik zu unterstützen, wenn wir ihm keine Gelegenheit mehr zum Ausweichen geben. Die Phrase vom politisch defektem Bürgertum ist schon viele Jahrzehnte

Seite 8. Buch & Co. Waren. Obst. Caroni. 8 Pfg. Caroni offen. 0 Pfg. 6 Pfg. Caroni. 38 Pfg. 42 Pfg. 50 Pfg. 60 Pfg. Madeln. 2 Pfg. 6 Pfg. 50 Pfg. 25 Pfg. 60 Pfg. 3 Pfg. nitze. 1091. 0 Pfg. 10 Pfg.

alt, sie ändert aber an der Tatsache nichts, daß ohne dieses „politisch defekante liberale Bürgertum“ weder heute noch morgen die Reaktion in Preußen-Deutschland überwunden werden kann.

Item, wir sind zu jeder Aktion bereit und werden sie unterstützen, wenn man uns plausibel machen kann, daß sie Erfolg verspricht. Nicht weil wir prinzipielle Gegner des Massenstreiks sind — das waren wir nie —, sondern weil wir ihn für ein in Preußen untaugliches Mittel halten, treten wir für den Eisnerischen Vorschlag ein. Daß er heute noch die Mehrheit gegen sich hat, beweist gegen seine Nichtigkeit gar nichts. Man mache doch erst einmal die Probe aufs Exempel, wie man sie in Süddeutschland gemacht hat. Der Eisnerische Vorschlag ist nämlich nichts anderes als die in Süddeutschland erprobte und als bewährt erkannte Taktik auf Preußen übertragen. In der Wahltaktik waren unsere preußischen Genossen leider noch nie vorbildlich, sie kommen immer um einige Jahrzehnte hinterher.

### Die Grenzen der Großblock-Taktik.

Die badische Großblocktaktik beruht auf der Erkenntnis, daß die Vorherrschaft des Zentrums in Baden nur verhindert werden kann durch ein taktisches Zusammengehen der gesamten Linken. Es ist das unbestreitbare Verdienst des Genossen Kolb vermöge seiner intimen Vertrautheit mit den badischen Verhältnissen die Waderpolitik durch unermüdliches Wirken durchzuführen und zur Verbreitung der eingangs charakterisierten Erkenntnis beigetragen zu haben. Er hat dabei gleichzeitig in den Kreisen der badischen Arbeiterklasse den Sinn für die Politik des Erreichbaren gefördert und die Unfruchtbarkeit der „Alles oder Nichts“-Politik nachgewiesen. Es darf auch gesagt werden, daß innerhalb der badischen Sozialdemokratie die Großblocktaktik viel weniger überzeugte Gegner hat, als es Genosse Kolb anzunehmen scheint. Die Hemmungen, die sich dem Sieg der Großblockidee entgegenstellen, sind größtenteils gefühlsmäßiger Natur. Der Großblockgedanke ist ein Ding, das man als notwendig akzeptieren, für das man sich schließlich auch mit ganzer Kraft einsetzen kann, aber — hegeisterter kann man sich eben nicht für ihn. Erfreulich ist es nun einmal nicht, mit Parteien zusammenarbeiten zu müssen, die sich günstigstenfalls doch immer nur unter dem Gesichtspunkt des kleinen Übels präsentieren, zu deren sozialen und wirtschaftlichen Grundanschauungen man sich aber in diametralen Gegensatz befindet. Als weitere psychologische Hemmung kommt dann noch die weitverbreitete Befürchtung hinzu, daß sich das taktische Zusammenarbeiten nicht ermöglichen lasse, ohne daß man innerhalb der Agitation die sozialistischen Grundzüge etwas zurücktreten läßt, ein Verhalten, das man darf sagen, was man will, einem zeitweiligen Verleugern dieser Grundzüge verzeihlich ähnlich sehen würde. Man befürchtet dann eine Räumung der Agitation und sagt sich, daß die durch die Großblockpolitik erzielten Vorteile dann doch zu teuer erkauft seien. Daß derartige Befürchtungen nicht so ganz unbegründet sind, zeigt eine kürzlich erfolgte Auslassung des Mannheimer Generalanzeigers zu der neuerdings innerhalb der badischen Sozialdemokratie eröffneten Generalkreistagsdebatte. Die betreffende Auslassung lautet:

„In der denkbar schärfsten Weise wird also die Injenzierung des Massenstreiks vom „Volksfreund“ abgelehnt. Ein Massenstreik liegt nicht im Sinne der süddeutschen Sozialdemokratie, denn diese weiß ganz gut, daß in Süddeutschland die bürgerlichen liberalen Parteien energische Bekämpfer des preussischen Dreiklassenwahlrechts, des rückständigsten aller Wahlrechte, sind. Es muß dann auch gesagt sein, daß Dr. Frank mit seiner Berliner Rede bei uns in Baden keine besonders freundlichen Gefühle ausgeht hat, vorab bei den Linksparteien, die jetzt daran sind, bei ihren Landesversammlungen die Genehmigung für das Wahlabkommen einzufordern. Das Wahlabkommen soll abgeschlossen werden als ein Schutz- und Trutzhindnis gegen Zentrum und Reaktion. Da sollte dann doch von einem Führer der badischen Sozialdemokratie alles vermieden werden, was auf neue Meinungsverstärkungen wegen des Wahlabkommens aufbauen läßt. Es ist von einem Führer der badischen Sozialdemokratie wenig Flug (!), in Norddeutschland als Scharfmacher aufzutreten, wenn er im gleichen Augenblick in Baden, also in Süddeutschland, ein wahrhaftiges Zusammengehen mit den bürgerlichen Linksparteien befürwortet.“

Hier ist also in dürren Worten verlangt, daß man im Interesse des Großblockabkommens innerhalb der Sozialdemokratie sogar in rein internen Parteifragen auf das Recht der freien Meinungsäußerung verzichte. Das ist nicht nur eine ganz ungeheuerliche Annahme, sondern ein Streich, der es rechtfertigt, den dem Genossen Dr. Frank gemachten Vorwurf unklugen Verhaltens dem Generalanzeiger dreifach zurückzugeben. Man kann dem Großblockgedanken nicht empfindlicher schaden und den Massen diesen Gedanken nicht wirksamer vereiteln, als wenn man in solch geradezu tolpatschiger Weise die parteipolitische Unabhängigkeit der Sozialdemokratie anzutasten wagt. Hier müssen wir, und gerade im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen, dem nationalliberalen Organ ganz heftig auf die Finger klopfen. Die Sozialdemokratie kommt doch zu den Liberalen nicht als die almosenempfangende Bittstellerin, sondern als die großherzig Gebende. Und ebensowenig, wie wir den Liberalen hindern, irgendwelche grundsätzlichen Ansichten innerhalb ihrer Partei zu vertreten, ebensowenig lassen wir uns von ihnen einen Maulkorb umbinden. Darüber müssen sich die sämtlichen Linksparteien klar sein, sie müssen sich gegenseitig nehmen, wie sie sind. Ungeachtet aller wahltaktischen und parlamentarischen Kompromisse wird die Sozialdemokratie den schönen Augen der Liberalen zu liebe auch nicht das Lipfchen auf dem i von ihren Grundfängen aufgeben und von dem Recht, diese Grundfänge in jeder ihr gutschmeckenden Form zum Ausdruck zu bringen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden möchte ich zum Schluß hervorheben, daß diese Ausführungen erfolgen ganz unabhängig von meiner Stellungnahme zur Generalkreistagsfrage überhaupt. Was ich zu diesem Punkt zu sagen hatte, habe ich in der Mannheimer Volksstimme vom 17. ds. Mts. unter der Überschrift „Dreiklassenwahlrecht und Generalkreistag“ gesagt. Hinsichtlich der in dem heutigen Artikel niedergelegten Auffassung dürften die Ansichten unserer Generalkreistagsgegner von denjenigen der Generalkreistagsfreunde kaum abweichen.

Dr. Kullmann.

Wir sind mit den vorstehenden Darlegungen des Genossen Dr. Kullmann durchaus einverstanden. Der Großblock war und ist auch nach unserer Auffassung nichts anderes als ein notwendiges Übel. Könnte man ihn entbehren, es wäre niemanden lieber, als uns selbst.

### Deutsche Politik.

**Essentlich bekanntgegebener Militärbeschluss.** In Remberg Kreis Wittenberg hat die Polizei ein neues Mittel zur Schädigung der Birte gefunden, die sozialdemokratische Versammlungen bei sich bilden. Während bisher Militärbeschlüsse der Defensivität gegenüber geheim behandelt und nur den Interessierten bekanntgegeben wurden, erließ die Remberger Polizei im dortigen Generalanzeiger folgenden Inzerat:

**Bekanntmachung!**  
Das Königl. Generalammando des 4. Armeekorps hat unterm 31. d. M. über das Gasthaus „Zur preussischen Krone“ hier selbst das dauernde Militärverbot verhängt.

Die Polizeiverwaltung: Dr. Scheffer.  
Da Remberg keine Garnison hat, kann der Zweck der Veröffentlichung nur sein, die Beamten, Angestellten und sonstigen abhängigen Personen des Städtchens zu beeinflussen. Das gilt natürlich nicht als Terrorismus. In Remberg wurde den Gewerkschaften kürzlich auch ein Ungehöriges verboten, weil durch ihn die verbrecherischen Bestrebungen der Sozialdemokratie gefördert würden.

**Der Kronprinz im Kampfe gegen Gerhart Hauptmann.** Dem Dichter der „Weber“ ist Feil widerfahren. Die weitere Ausführung seines Breslauer Jubiläums-Festspiels wurde plötzlich vom städtischen Festauschuß unterlagert. Ein Grund hierfür ist vom Ausschuss nicht angegeben worden. Nimmere kommt die Kunde, daß der deutsche Kronprinz die Einstellung der Auführungen gefordert hat, andernfalls er das Protektorat über die Breslauer Jahrhundertausstellung niederlegen wolle. Der „Berliner Volkszeitung“ wird aus Breslau gemeldet: „Wie aus sicherer Quelle verlautet, hat das Hofmarschallamt des Kronprinzen bereits am vorigen Dienstag den Magistrat von Bres-

lau telegraphisch davon verständigt, daß der Kronprinz das Protektorat niederlegen werde, falls die Auführungen des Gerhart Hauptmannschen Festspiels nicht eingestellt würden. Die Ausstellungsleitung setzte sich mit dem Hofmarschall sofort in Verbindung und bemühte sich, mit Rücksicht darauf, daß nur noch wenige Vorstellungen in Aussicht genommen seien und mit Rücksicht auf die hohen Kosten, den Kronprinzen von seinem Standpunkt abzubringen. Als aber diese Veruche ergebnislos verliefen, entschloß man sich zur Aufgabe der weiteren Vorstellungen. Die Schauspieler werden bis morgen, bis zu dem Tage, an dem die Gagen gezahlt werden, in Breslau bleiben.“

Für Gerhart Hauptmann bedeutet das Verbot seines Festspiels in Breslau natürlich eine gewaltige Kalamität, und er scheint auch das warme Eisen schmecken zu wollen. Die „Kositzische Zeitung“ hat den Dichter ausgefragt, was er nun zu tun gedenke. Hauptmann antwortete, daß er sich darüber noch nicht vollkommen klar sei. Vielleicht werde er in Berlin einen Vortrag über sein Festspiel halten. Die ganze Angelegenheit, das ganze Gewebe von Angriffen und Intriguen, das lediglich einen parteipolitischen Charakter trage, habe seinen Ursprung in Berlin. Dadurch, daß in der „Kositzischen Zeitung“ Artikel zweier Berliner Zeitungen veröffentlicht worden sind, sei die Angelegenheit ins Rollen gekommen, und alle Bemühungen einflussreicher Männer, unter denen sich Angehörige des hohen Adels und konservativer hohe Beamte befänden, die Katastrophe zu verhindern, seien fruchtlos geblieben.

Die Tat des Kronprinzen hat die volle Zustimmung der konservativen Blätter gefunden. Die „Post“ dankt dem Kronprinzen für sein „mannhaftes und entschlossenes Eintreten“ und dafür, „daß endlich einmal in Deutschland einer aufsteht, der den Kampf mit den in der Demokratie übermächtig gewordenen Kräften nicht scheut.“

**Geheimnis und direktes Wahlrecht — nicht in Preußen, sondern in Ostafrika.** Am 19. Juni wird in Dar-es-Salaam der Gouvernementsrat von Deutsch-Ostafrika zusammenzutreten, um an erster Stelle über die Bildung eines Landesrats nach südafrikanischem Vorbild zu beraten. Der neue Landesrat soll aus 20 Mitgliedern bestehen, von denen 10 von der weißen Bevölkerung der Kolonie durch direkte, geheime Wahlen endgültig — bisher bestand nur das Präsentationsystem — gewählt werden, während die übrigen 10 Mitglieder nach freiem Ermessen ernannt werden. Zum Zwecke der Wahlen wird das Schutzgebiet in 8 Wahlbezirke eingeteilt, die aus territorial zusammenhängenden Verwaltungsbereichen bestehen. Jeder Wahlbezirk wählt einen Vertreter. Dar-es-Salaam und Tanga haben jedoch angeht ihrer Bedeutung für das ganze Schutzgebiet das Recht, zwei Kandidaten zu entsenden. Als Mitglied des Landesrates kann nur gewählt werden, wer mindestens drei Jahre im Schutzgebiet anwesig ist.

**Einrichtung des Wächterdienstes.** Der jugendliche Wächtergehilfe Sternfels, der 18 Jahre alte Franz Schlemmer, wird der Hinrichtung nicht entgehen. Der Verteidiger hatte ein Gnabengesuch für den jungen Menschen geplant, der von Sternfels verführt worden ist, doch hat, wie jetzt gemeldet wird, der Staatsanwalt in Frankfurt es abgelehnt, das Gnabengesuch zu befürworten und deshalb will der Verteidiger es als ausfichtslos unterlassen.

Der junge Mensch, der Sohn arbeitsloser Eltern, hat bereits bittere Reue gezeigt über seine Tat und es ist anzunehmen, daß er nach einer längeren Freiheitsentziehung, demnächst erzieherische Einwirkung vorausgesetzt, noch ein brauchbarer Mensch wird. Die Hinrichtung des Verführten wäre eine wahre Barbarei.

Uebrigens soll doch die Jubiläumssamstagsfeier solchen Verführten zugute kommen. Wird man nicht wenigstens die Umwandlung des Todesurteils in eine, wenn auch vorläufig noch nicht begrenzte Freiheitsstrafe auf dem Wege der Amnestie herbeiführen? Oder will man dem Kaiser die Vollziehung des Todesurteils über einen Wächtergehilfen jetzt in der Feierstimmung zumuten?

### Ausland.

**Oesterreich.**  
**Massenwanderung.** Nach einer amtlichen Veröffentlichung sind von 1876—1910 aus Oesterreich-Ungarn 1 845 882 Menschen in überseeische Länder ausgewandert. Die Zahl der Auswanderer steigt von Jahr zu Jahr, wenn nicht gerade eine Krisis in den Hauptauswanderungsländern die Auswanderung zurückhält. Aus der Verteilung der Auswanderer auf die einzelnen Provinzen und Nationen Oesterreichs zeigt sich, daß die Auswanderung am geringsten ist aus den industrialisierten Bundesstaaten und am größten aus den landwirtschaftlichen Provinzen, namentlich aus Galizien, wo die polnischen Familien herrschen. Im Jahre 1911 haben außerdem 602 000 österreichische

### In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

23 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Ja, wo könnte Fräulein Dagmar nur stecken? „Fräulein Dagmar!“ rief er laut, aber es kam keine Antwort. War sie im oberen Stock? War sie dort in einem der Fremdenzimmer beschäftigt? Er hatte ihr so oft gesagt, daß sie diese Arbeit den Mägden überlassen sollte. Aber es konnte ja nicht anders sein. Er ging dort oben durch ein, zwei, drei, vier Zimmer, aber alle waren leer. Er rief zweimal „Fräulein Dagmar!“, aber es kam keine Antwort. Es war nur ein kleines Stübchen noch, das schräg unter dem Dach lag. Hier mußte sie nun sein, wenn sie nicht verschwunden war. Er klopfte zunächst an die Tür, aber es kam keine Antwort. Dann öffnete er und blieb sofort behutsam stehen. Sie lag angezogen auf dem Bett und schlief. In dem eiskalten Stübchen, wo man sich im Schlaf den Tod holen konnte. Sie lag auf dem Bauch und hatte das Gesicht in die Kissen vergraben. Er ging näher. „Fräulein Dagmar!“, sagte er leise. Aber sie schlief ruhig weiter. Er berührte vorsichtig ihren Rücken, und nur fuhr sie erschreckt empor und sah ihn mit verstörten Augen an. Sie begann hastig ihre Kleider zu ordnen, die ihr beim Liegen hinaufgeglitten waren; ihre Strümpfe waren sichtbar gewesen.

„Aber, mein Gott, was ist denn das? Sie können sich ja auf den Tod erkälten.“  
„Meine Meine sind wie Eis.“ Sie lächelte umflort.  
„Das ist kein Wunder. Was sind das aber auch für Sachen?“  
„Ich war so müde,“ sagte sie mit einem Anflug von Schwermut.  
„Aber Sie haben doch Ihr eigenes Zimmer.“  
„Ich wollte gar nicht schlafen.“ Ihre Finger spielten verlegen mit dem Kissen.  
Nun erst sah Asmussen, daß das Kissen naß war.  
„Ist etwas gewesen?“ fragte er ernst und eindringlich.

Dagmar nickte, aber sah ihn nicht an. Ihre Finger spielten mechanisch mit dem Kissen.  
„Haben Sie geweint?“  
Sie nickte.  
„Ist das alles, was Sie mir zu sagen haben?“  
Dagmar schüttelte den Kopf.  
„Dann sagen Sie es doch!“  
Sie sah ihn mit ihren Augen voll an. „Es fällt mir so unendlich schwer.“

Asmussen wartete schweigend.  
Sie hob wieder die Augen und sah ihn tief und ernsthaft an. „Ich muß von Ihnen gehen.“  
„Wo — wo — was? Was sagen Sie da?“  
„Es ist besser für Sie und für mich.“ Sie spielte wieder mechanisch mit dem Kissen.  
„Hat man Ihnen etwas getan?“  
Sie nickte bitter.  
„Was ist's gewesen?“ Die Frage klang bestimmt.  
„Es ist nicht ganz mit Unrecht gesehen, Herr Asmussen. Man hat mir meine Herkunft vorgeworfen. Man hat gesagt, daß hier im Hause alles schlechter geworden sei, seitdem ich die Wirtshaus führe. Es gibt Leute, die mich hier fortkommen wollen. Sie sollen sich nicht darüber grämen. Ich gehe nach Kiel zurück, wo mich niemand kennt.“

Asmussen stand hoch aufgerichtet, als hätte etwas mit einem Schläge seine Muskeln gespannt. Unter den buschigen Augenbrauen flammte der Zorn.  
„Wer ist hier so gemein gewesen?“  
„Ich sage es nicht.“  
„Sie müssen es mir sagen!“  
„Niemals!“ Dagmar schüttelte entschlossen den Kopf.  
„Ich will es aber wissen!“  
„Ich sage es nicht.“  
„Sie haben die Pflicht, es mir zu sagen. Ich will wissen, wer in meinem Hause Unrecht tut.“  
„Sie erfahren es nie.“  
Asmussen ging an das kleine Fensterchen und sah in stummem Schmerz in den Hof hinaus.  
„Seien Sie doch nicht so traurig, lieber Herr Asmussen.

Wenn ich weg bin, können diese Menschen mir nichts mehr tun. Sie sind gegen mich so gut gewesen.“  
Asmussen wandte sich um.  
„Bitte, nennen Sie mir die Person.“  
Sie schüttelte den Kopf.  
„Denn ich Sie aber nun darum bitte!“ Er stand vor ihr und streckte ihr beide Hände entgegen.  
„Wollen Sie mir versprechen, daß Sie nie etwas davon verraten?“ Sie blickte zu ihm auf.  
„Ich verpönde es nicht gern, wenn es aber sein muß —“  
„Daß Sie die Person nie etwas davon fühlen lassen? Es muß unter Geheimnis bleiben.“  
„Ich verpönde es.“  
„Es ist Etine Andresen gewesen.“  
Asmussen schüttelte in wortlosem Entsetzen den Kopf und ging ans Fenster zurück. Nun, konnte Etine nicht verraten, daß Dagmar die Wirtshaus führte. Und mußte so häßlich sein!

„Erzählen Sie mir, wie es gekommen ist.“ Er war ruhig geworden, seitdem er etwas Bestimmtes vor sich hatte.  
„Sie dürfen aber ihr Versprechen nie vergessen, auch wenn ich fort bin nicht.“  
„Erzählen Sie mir.“  
„Ich hatte die Fenster aufgemacht, um frische Luft hereinzulassen. Ich selber stand am Fenster. Auf der anderen Seite kam der „große Klaus“ die Straße herunter. Er lächelte unverschämte zu mir herüber. Ich weiß, daß er ein schlechter Mensch ist und daß Sie ihm die Wirtshaus verboten haben. Ich wollte mir das nicht von ihm gefallen lassen und schlug ihm beide Fenster vor der Nase zu. Da kam Frau Andresen über den Markt und machte gleich so ein böses Gesicht, wie sie mich sah. Ich nahm die Zeitung, weil ich lieber gar nicht mit ihr reden wollte. Als sie hereinkam, hatte ich Angst, daß sie mir etwas tun wollte, weil sie ein so böses Gesicht gemacht hat. Ich sagte darum gleich, daß Sie nicht zu Hause seien; ich weiß ja doch, daß sie mit Ihnen reden will, und ich dachte, dann geht sie vielleicht gleich wieder fort. Da fing sie an, daß ich erst hätte grüßen müssen und daß ich von schlechter Herkunft sei. Das konnte ich nicht aushalten und ging hinaus. Ich lief

Arbeiter in Deutschland.  
Die Zahl der auf 143 000 Sozialdemokraten gewählt 41 im ganzen literalen ausgegliedert.  
Frankreich.  
Eine Vöherung h...  
Jede Mut...  
Vorangehen...  
weniger als...  
240 M...  
Stat, De...  
Mutter, di...  
einen Ansp...  
haben Stu...  
ist es verb...  
Sohn zu m...

In d...  
Wader...  
Er meinte...  
nicht rabi...  
Hoffnung...  
nationallib...  
charakteri...  
tische Cris...  
in Frage...  
nächsten...  
das Allge...  
trum wer...  
zu befäh...  
zu bereite...  
nicht, die...  
Weg zu l...  
zu begegn...  
auf die n...  
daß ein...  
halten w...  
auf die I...  
sen dürfe...  
ein kräft...  
Groß...  
rade nicht...

In d...  
wieder l...  
kandidat...  
wird von...  
Beamt...  
fassung...  
andere...

hierher...  
jollte...  
geworden...  
sagen.“

Hofst...  
Aufst...  
ausgestat...  
rini, de...  
Litel-Pa...  
ter mehr...  
in der...  
Mitglied...

Eing...  
Alle hi...  
Schriften...  
Re...  
gang De...  
rierte S...  
ur 6-M...  
„Mo...  
Beilan...  
fürchte...  
grauen...  
verstehen...  
über ih...  
Defer...  
Eherer...  
sensiver...  
dem M...  
bereit...  
Kampf...  
auch D...  
Vertrete...  
— Dem...  
Stohnst...  
fänge d...  
gang p...  
Die 4...  
werden...  
der Fül...  
titel von...  
Dr. S...  
Sest...  
Beitrag...  
seine...  
wirklich...  
unferen...  
sie bad...  
Wesell...  
ohne je...  
bei de...  
D. R.

Arbeiter im Ausland Arbeit gesucht, zum größten Teil in Deutschland.

Holland. Die Parlamentswahlen haben der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg gebracht. Die Stimmenzahl ist von 82 000 auf 143 000 gestiegen. Troelstra ist wiedergewählt. Die Sozialdemokratie steht noch in 21 Stichtwahlen. Bisher sind gewählt 41 Merikale, 11 Liberale, 1 Sozialdemokrat. Es haben im ganzen 47 Stichtwahlen stattgefunden. Die Wiederkehr einer Merikalen Mehrheit dürfte nach dem Stande der Stichtwahlen ausgeschlossen sein.

Frankreich. Eine Mutterschutzvorlage. Die Kommission für Sozialversicherung hat in zweiter Lesung einen Entwurf zur Unterzeichnung der Mütter genehmigt, der folgendes bestimmt: 1. Jede Mutter französischer Nationalität hat in der der Geburt vorangehenden und der ihr folgenden Ruhezeit — bis zu je 6 Wochen — Anspruch auf eine Unterstüzung, die nicht weniger als 50 Centimes, nicht mehr als 3 Fr. (40 Pf. und 2.40 Mk.) täglich betragen darf. Die Kosten sind zwischen Staat, Departement und Gemeinde zu verteilen. 2. Jede Mutter, die im Arbeitsverhältnisse steht, hat im ersten Jahre einen Anspruch auf Freigabe einer Stunde oder zweier halben Stunden, um ihr Kind zu nähren. Dem Arbeitgeber ist es verboten, hierfür in irgend einer Form einen Abzug vom Lohn zu machen.

Badische Politik.

Waders letzte Hoffnung.

Zu dem Zentrumsverein Freiburg-Stühlin-Wien hielt vorgestern der Zentrumsführer Geisler. Rat Wader einen Vortrag über die politische Lage in Baden. Er meinte, daß, wenn nicht alles täusche und die Lage sich nicht radikal verändere, die Rechtsparteien mit guten Hoffnungen den Wahlkampf beginnen können. Die Nationalliberalen wurden als Hörige der Sozialdemokratie charakterisiert, im gleichen Atemzuge aber wird die politische Existenz der Genossen Dr. Frank und Kolb als in Frage stehend bezeichnet, falls der Großblock bei den nächsten Landtagswahlen verlage. Lediglich die Sorge um das Allgemeinwohl — so sagte Wader — habe das Zentrum veranlaßt, die Sozialdemokratie mit aller Energie zu bekämpfen und durch die „Wittumerei“ ihr Niederlagen zu bereiten. Kolb habe das erkannt und deshalb versucht, dieser Taktik durch den Großblock Hindernisse in den Weg zu legen, denen aber das Zentrum zur richtigen Zeit zu begegnen wisse. Wader setzt jetzt seine letzte Hoffnung auf die nationalliberalen Wähler, von welchen er meint, daß ein großer Teil die getroffenen Abmachungen nicht halten wird. Die Zeit sei vorbei, wo die Sozialdemokratie auf die lächerliche Unterstützung der liberalen Wähler hoffen dürfe. Wader hofft auch, daß die Regierung noch ein kräftiges Wort vor den Wahlen sprechen werde. Große Zubersticht spricht aus diesen „Hoffnungen“ gerade nicht.

Beamte und Landtagswahlen.

In den Kreisen der mittleren Beamten wird zurzeit wieder lebhaft Klage darüber geführt, daß die Beamtenkandidaturen bisher fast nur für Kandidaturen waren. Es wird von den bürgerlichen Parteien verlangt, daß einige Beamte in sicheren Bezirken aufgestellt werden. Die Aufstellung, als ob denn die Petitionen der Beamten eine andere Behandlung erfahren, ist irrig. Der Landtag hat hierher, weil ich nicht wollte, daß das Mädchen mich finden sollte. Ich bin dann zuletzt wahrscheinlich vom Weinen müde geworden und eingeschlafen. Das kann ich selber nicht mehr sagen. (Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe. Am Sonntag, 22. Juni, in der Aufführung des zur Richard Wagner-Jahrhundertfeier neu aufgestellten „Siegfried“ wird Herr Kammerjänger Bennarini, der Heldentenor des Hamburger Stadttheaters, die Titel-Partie singen. Herr Bernarini ist hier kein Unbekannter mehr; er stand im Jahre 1906 als Jofas an der Spitze der in der Carmen-Aufführung mitwirkenden hervorragenden Mitglieder der Hamburger Bühne.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibibliothek bezogen werden.) „Natur“, Halbmonatsschrift für alle Naturfreunde. 4. Jahrgang, Heft 17. Thomas-Verlag, Leipzig. Närrich 24 reich illustrierte Seite und 5 wertvolle Bücher zum Preise von zusammen 10.00 Mk. „Was regiert die Stunde“, brüllten uns die Kanonen vom Balkan aus zu. Sie lenken unsere Aufmerksamkeit auf jene fürchterlichen Kräfte, die Tod und Verderben spenden und so grauenvoller erscheinen, je weniger wir ihr Wesen und Wirken verstehen. Es wird daher viele interessieren, etwas näheres über ihre Wirkungsweise und ihr Entstehen zu erfahren. Unsere Leser mögen sich daher den Artikel „Explosivstoffe“ von F. Ertler durchlesen, der ihnen in verständlicher Form das Wissenswerte über diese unheimlichen Kräfte vermittelt, die von dem Menschen zwar in seinem Dienst gezwungen, doch jederzeit bereit sind, sich vernichtend gegen ihn zu kehren. — In einem Kampf, der sich allerdings in milderer Form abspielt, führt uns auch Dr. Gauri mit seinem Aufsatz „Polsterpflanzen“. Einige Vertreter dieser Pflanzen werden in 4 Abbildungen vorgeführt. — Dem regsten Interesse wird der Artikel von Dr. Oskar Kohnstamm „Hysterie und Neurosen“ begegnen. In die Anfänge der Astronomie inhaftes möchte ich nur noch die Artikel von Max Meber „Elektronen und Heilmittel“ und von Dr. J. Gengler „Schutz des Raubvögels“ hervorheben. Das Heft bietet eine derartige Fülle unterhaltender und belehrender Beiträge, daß jeder, auch bei hochgepannten Ansprüchen, auf seine Kosten kommen wird. Da der Bezugspreis der Zeitschrift wirklich ein außerordentlich geringer zu nennen ist, können wir unseren Lesern ein Abonnement nur empfehlen, umso mehr, als sie dadurch Mitglieder der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft werden, deren mannigfache Vergünstigungen sie ohne jede weitere Verpflichtung genießen. Anmeldungen können bei der nächsten Buchhandlung oder der Geschäftsstelle der D. N. G., Leipziger Wägenstraße 3, aufgegeben werden.

die berechtigten Wünsche der Beamten stets mit Nachdruck vertreten; das könnten Abgeordnete, die selbst Beamte sind, nicht besser machen. Selbstverständlich haben auch die Beamten das Recht, bei der Auswahl der Kandidaten berücksichtigt zu werden. Für die Sozialdemokratie hat einweilen diese Frage eine theoretische Bedeutung, denn kein Beamter wird sich als sozialdemokratischer Kandidat aufstellen lassen, so lange er Gefahr läuft, aus dem Staatsdienst entlassen zu werden. Wenn die bürgerlichen Parteien die mittleren Beamten bisher bei der Kandidatenaufstellung hintanstellten, so tragen daran die Beamten selbst große Schuld. Würden sie sich am politischen Leben in der Weise beteiligen, wie das ihre Pflicht wäre und außer den reinen Ständefragen auch noch Interesse an den übrigen Fragen des öffentlichen Lebens bekunden, dann wäre ihr politischer Einfluß ein erheblich größerer, als er es heute ist. Durch die fortgesetzte einseitige Betonung ihrer Ständefragen schadet die Beamenschaft sich mehr, als sie sich dadurch nützen zu können glaubt. Es ist kein Zufall, daß alle anderen Stände sich mehr politische Beachtung verschafft haben. Die Dinge liegen so, daß jede Partei nur solche Kandidaten aufstellen kann, die sich zu ihrem Programm bekennen und für die Partei tätig sind. Wenn die Beamten sich diese Mahnung zur Richtschnur dienen lassen, werden sie auch politisch größere Berücksichtigung erfahren.

8. Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

k. r. Danzig, 16. Juni.

Der Verbandstag beginnt seine Arbeiten, nachdem der Verbandsvorstand die Tagung offiziell eröffnet und der Vorsitzende des Danziger Ortsvereins das Programm der örtlichen Veranstaltungen bekannt gegeben hat, mit der Wahl verschiedener Kommissionen. An auswärtigen Gästen sind anwesend: Stautiner-Stuttgart für das internationale Buchdrucker-Sekretariat, Reismüller und Moracek-Wien für die Buchdrucker und Schriftgießer Oesterreichs, Feindl und Rothenstein-Budapest für die Kollegen Ungarns und Lortzsch-Paris für den französischen Buchdrucker-Verband. Außerdem wohnen Vertreter des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Gehilfen und der Lithographen und Steindruckerei-Beschäftigten bei. An Stelle des von der Generalkommission delegierten Vertreters Janison, der verhindert ist, übernimmt Döblin die Vertretung der Generalkommission, was einige Heiterkeit hervorruft. Geschäftsordnung und Tagesordnung werden genehmigt. Nachdem der Vorsitzende mit anerkennenden Worten des verstorbenen langjährigen Gewerkschafters Klapprott-Hannover gedacht, berweist er auf den Umstand, daß es heute gerade 66 Jahre sind, seitdem von Leipzig aus der Aufruf an die Kollegen erging, eine Organisation ins Leben zu rufen und daß es die Lehrlingszucht und die damit verbundene Konkurrenz waren, welche als Hauptgründe für die Notwendigkeit der Organisation angeführt wurden. Schon damals sei von den Kollegen der Wert der Tarifgemeinschaft erkannt, denn man habe sich nicht nur mit der Organisierung der Gehilfen begnügt, sondern einen Aufruf auch an die Prinzipale zum Zwecke der gemeinsamen Bekämpfung der Schleberpreise gesandt. Redner weist dann ferner an einigen Vorkommnissen nach, daß Scharfmacher im rheinisch-westfälischen Bezirk darauf hinarbeiten, die für das Gewerbe segensreich wirkende Tarifgemeinschaft zu zerstören und konstatiert die volle Einmütigkeit der Gehilfen in Bezug auf die prinzipielle Auffassung von der Notwendigkeit der Beibehaltung der Tarifgemeinschaft. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Bericht des Vorstandes und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes“ nimmt Eifer (Vorstandsmitglied) das Wort. Er weist in kurzen Ausführungen auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht aus dem wir in unserer Vorrede bereits das Wissenswerte gebracht haben. D. N. hin und gibt dazu nur einige Erläuterungen und Erklärungen. In der nun beginnenden Diskussion erkennt Mussial-Berlin die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in sehr lobender Weise an, auch in Bezug auf die Beseitigung von Streitigkeiten innerhalb der Sparten, wünscht aber einen Ausbau des gedruckten Rechenschaftsberichtes, was Schweinebein-Bremen unterstützt. Letzterer wünscht auch noch, daß der Verbandsvorstand auf verkehrsmäßige Vorarbeiten der Gegner gleichfalls mit Prospekten antworten möge, weil die Abwechselfähigkeit im „Korrespondent“ nicht dort gelesen werden, wo man die Prospekten umsehe. Steinhardt-Berlin antwortet die Verteilung einer Prospektüre an die Delegierten, in welcher die Vorkommnisse im „Hamburger Fremdenblatt“ angelegt werden. Da Döblin aus tatsächlichen Gründen den Antrag abzulehnen bittet, so entspinnt sich hierüber eine längere Debatte, die schließlich mit der Annahme eines Antrages endet, welcher besagt, daß es jedem Delegierten freisteht, der Generalversammlung geeignete Materialien zu unterbreiten. Im Verlauf der weiteren Diskussion über seine geschäftliche Verbandsvorstande eigentliche Monita über seine geschäftliche Tätigkeit nur in kaum nennenswerter Weise gemacht, dagegen wird von mehreren Delegierten eine seltene „Abbitzung“ der Gutenbergschüler gewünscht, damit auch die jüngeren Kollegen von vornherein wissen, mit was für Leuten man es zu tun habe. Dem treten der Verbandsvorstand und die große Mehrheit der Redner entgegen. Bei der Bedeutungslosigkeit der Gutenbergschüler würde es verfehlt sein, auf ihr Gebot einzugehen. Höchstens fände man sie bei besonderen Anlässen einander zueinander führen ein Zusammenstoß zwischen Döblin und dem Hamburger Delegierten Steinhardt herbei, da Steinhardt dem Verbandsvorstand den Vorwurf macht, daß durch sein Eingreifen in die Angelegenheit mit dem Verlage der Großverkaufsgenossenschaft die Kollegen nicht zu ihrem Recht gekommen seien. Steinhardt wirft dem Verbandsvorstand die Engherzigkeit vor und ungerechtes Verhalten der Gehilfen, die keine Rechte hätten, worauf Döblin erwidert, daß er darauf verzichte, den Befehl Steinhardts zu erteilen. Es genüge ihm die Desavouierung Steinhardts durch die übrigen Hamburger Delegierten. Die von Steinhardt empfohlene Taktik sei eine solche, wie sie wohl geübt worden sei, als die Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen gestekt habe. Schweinebein-Hannover hält Steinhardt für unbeherrschbar und stellt sich auf den Standpunkt Döblins. Da aber auch Röppert-Hamburg das Verhalten des Herrn Kaufmann von der Großverkaufsgenossenschaft scharf kritisiert, so kommt es über den Kaufmann noch zu einer längeren Debatte. Röppert muß zwar zulassen, daß sich die Kollegen in formeller Beziehung Verträge gegen die tarifliche Bestimmungen haben aufschreiben können lassen, ist aber der Meinung, daß die Verträge des Herrn Kaufmann gegen den Tarif viel bedeutender sind und daß er erst die Gehilfen zu ihrem Vorgehen provoziert habe. Döblin betont, daß es ihm ferne liege, Kaufmann in Schutz zu nehmen, aber man dürfe dessen Verhalten nicht der Genossenschaft entgelten lassen. Trotz aller Worte bleibe die Tatsache bestehen, daß die

Gehilfen für ihre plötzliche Kündigung keinen tariflichen Grund gehabt hätten. Und hierdurch sei die Situation erst für die Gehilfen verschlechtert worden. Man hätte der Organisation einen größeren Dienst erwiesen, wenn man vorsichtiger gewesen wäre.

Nach dieser Aussprache wird der Geschäftsbericht des Vorstandes gegen eine Stimme (Steinhardt) genehmigt. Grahmann (2. Vorsitzender) leitet sodann die Beratungen über die Anträge auf Abänderung der Unterstützungs-einrichtungen mit Darlegung der finanziellen Verhältnisse und der Wirkung der Anträge ein und stellt in Aussicht, daß an die Erfüllung der meisten Wünsche nicht zu denken sei, gibt dagegen zu, daß ein gerechter Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung fehlt. Den richtigen Weg zu finden, soll Aufgabe der morgen beginnenden Diskussion sein.

II. General-Versammlung der Metallarbeiter.

k. r. Breslau, 17. Juni. 2. Tag.

Der 2. Sitzungstag beginnt mit einer Kranzniederlegung am Grabe Lassalles. Die Breslauer Polizei war nicht auf Grabe niedergelegte Kranz trug die Lassalle'sche Widmung: Wer die Macht hat, hat das Recht, strebt nach der Macht, dann gewinnt ihr das Recht.

Die Generalversammlung gibt den Delegierten, die als Reichstagsabgeordnete zu einer wichtigen Abstimmung nach Berlin müssen, Urlaub.

Nun beginnt die Beratung des 2. Punktes der Tagesordnung: Berichte des Vorstandes und Ausschusses und Beratung etwaiger Anträge zu diesem Punkte und dem Verbandsorgan. Das Wort hat nun der Verbandsvorsitzende Schlick-Stuttgart. Kollegen und Kolleginnen! Schon gestern sagte ich, daß der Gedanke des Industrieverbandes marchiere. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß sich Liebe nicht erzwingen läßt, bestimmte Voraussetzungen der Entwicklung müssen vorhanden sein. Grenzstreitigkeiten haben wir leider nicht nur mit anderen Verbänden, sondern auch in den eigenen Reihen. Die Richtung des Vorstandes ist: Es kommt nicht darauf an, in einem gewissen Betrieb alle vereinigt zu haben, die Schloffer oder Dreher genannt werden, es kommt darauf an, daß alle in einem Betrieb Beschäftigten einheitlich organisiert sind. Wir müssen zur Betriebs- und Industrie-Organisation kommen. Die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses trägt der Entwicklung der Metall-Industrie nicht Rechnung. Neben der Forderung des Industrieverbandes gehört die der Betriebsorganisation. Gegenüber den laufenden Streitigkeiten steht der Vorstand auf dem Standpunkt, wenn Vernunftgründe nicht überzeugen, dann müssen wir genau so handeln, wie die, die sich nicht überzeugen lassen wollen. Aber die Tatsachen sprechen so klar, daß eine baldige Verständigung möglich sein muß.

Vorstand und Mitglieder sind bei einer so großen Organisation, wie wir sie darstellen, selbstverständlich nicht immer einig. Das trifft im besonderen auf den Zeitpunkt zu, mit dem ein Kampf zu beginnen hat. Wir dürfen nicht nervös werden, wenn die Unternehmer es wollen, den Zeitpunkt eines Kampfes müssen immer wir Arbeiter bestimmen. Bedenklich ist, daß an verschiedenen Orten die Leitungen Forderungen aufgestellt haben, die den Arbeitsnachweis der Unternehmer betreffen. Wir lehnen den Unternehmerarbeitsnachweis strikte ab, wir dürfen dann nicht Forderungen, die ihn angehen, aufstellen. Der Unternehmerarbeitsnachweis muß mit anderen Mitteln bekämpft werden. Er muß dann aber zu grundsätzlichen Positionen werden. Nebenfragen, die geeignet sind, unsern Kampf im Kampfe zu zersplittern, haben wir viele; z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit. Früher verstand man darunter nur tägliche Verkürzung; heute ist bei den Unternehmern der Samstag-Nachmittag-Schluß aktuell, sie kommen nach ihrer Meinung so billiger weg. Wir haben keine Ursache, darauf hereinzufallen. Mit der durchgehenden Arbeitszeit sind wir noch nicht zur Klarheit gekommen. Die Mehrheit des Vorstandes ist der Meinung, daß sie nur eingeführt werden kann, wenn der Achtstundentag für die Metallarbeiter durchgesetzt ist. Selbstverständlich nehmen wir auch die geringste Arbeitszeitverkürzung dann, wenn wir in anderer Form nichts erhalten würden. Die Arbeitszeit darf aber nicht verkürzt werden, um nachher einen höheren Verdienst durch Überarbeit zu erzielen. Wenn solche Überstunden geleistet werden, dann sollten sie gar nicht bezahlt werden. Weisfall! Die Unternehmer machen mit den bezahlten Überstunden das beste Geschäft. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Solidarität bei großen Kämpfen so aufgefahrt wird, daß durch Unlageverfahren die Kosten aufgebracht werden. Das wirkt ganz anders als der Klingelbeutel. (Sehr richtig!)

Nun zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes, dazu muß gesagt werden, daß wir keine Ursache haben, die Wäsche, die durch Fragen schmutzig geworden ist, auf dem Marle zu waschen. Es wird in vielen Anträgen mehr Agitation, Statistik und Konferenzfähigkeit verlangt. Statistiken machen aber auch Arbeit und die Zahlstellen unterstützen uns durchaus nicht. Zur Gewerkschaftsschule und zur Parteischule liegen auch Anträge vor. Die Tätigkeit der Parteischule sehe ich sehr skeptisch an. Schwer verständliche Wissensgebiete werden dort gelehrt, der Besuch der Parteischule selbst erweckt bei unseren jungen Leuten Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Nun komme ich zum Verbandsorgan. Unser Redakteur Scherm ist bis jetzt immer gelobt worden. Wenn die Redaktion, die in letzter Zeit so groß angegriffen worden ist, fest um sich gefaßt hat, so war das nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht. Der Vorstand kann dies nur billigen. Die Fülle der allgemeinen Anträge zwingt den Vorstand, zu sagen, daß neben vielen selbstverständlichen, auch manches Unausführbare verlangt wird. Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir den Gehaltsverhältnissen unserer Beamten zu viel Aufmerksamkeit zulenken. Der Vorstand als Beauftragter der Organisation und Arbeitgeber hat die Pflicht, seine Angestellten anständig zu bezahlen. Der Metallarbeiter, der gegen diesen Standpunkt ist, darf auch nicht sagen, daß die Unternehmer den Arbeiter nicht zu seinem Rechte kommen lassen.

Seemann-Königsberg erstattet, ehe in die Diskussion über den Vorstandsbericht eingetreten wird, den endgültigen Bericht der Mandatprüfungskommission. Er beginnt mit dem Leipziger Vorkommnisse. Das Leipziger Zentralkomitee hat beim Vorstand die Ungültigkeitserklärung der Leipziger Mandate verlangt, weil die „Leipziger Volkszeitung“ durch ihre Stellungnahme in einem Versammlungsbericht dafür gefordert habe, daß nur Delegierte nach Breslau kommen sind, die für den Leipziger Antrag, die Parteischule betreffend, eintreten. Der Vorstand hat nur die Wahl zweier Bezirke für ungültig erklärt, die Mandatprüfungskommission beantragt bei der Generalversammlung, sämtliche 8 Delegierte von Leipzig als nicht gewählt zu bezeichnen und dafür die nach Breslau zu berufen, die nicht gewählt wurden, oder Leipzig auf der Generalversammlung überhaupt unvertreten sein zu lassen. (Große Unruhe.)

Ernst Schäfer-Leipzig fragt als erster Diskussionsredner zu diesem Punkte: Warum verteidigt nicht der Vorstand seinen Beschluß, der durch die Mandatprüfungskommission als

falsch bezeichnet wird. Der Verfassungsbericht der „Leipziger Volkszeitung“ war durchaus objektiv abgefaßt. Wir bedauern allerdings auch, daß die angegebene Stelle in Fettdruck so auffällig erschienen ist. Ich erwarte von dem Gerechtigkeitssinn der Generalversammlung, daß sie im Interesse des Verbandes entscheidet. Wenn Sie wollen, dann lassen Sie die Leipziger anerkennen, aber kommen Sie dann auch nach Leipzig und verteidigen Sie dort Ihren Beschluß.

Nach ihm sprechen noch eine ganze Reihe Redner, im besonderen auch Leipziger Delegierte. Nachdem ein Schlußantrag abgelehnt ist, geht die Debatte, die Leipziger Vorkommisse bis ins einzelne behandelnd, weiter.

Die Mandatprüfungskommission giebt ihren Ewentualantrag, den sie am Morgen gemacht, für den Fall der Kaffierung der acht Leipziger Mandate die nicht gewählten acht Kandidaten zur Generalversammlung nach Breslau berufen zu lassen, zurück.

Nach längerer Diskussion wird über den nun verbliebenen Vorschlag der Mandatprüfungskommission, die Leipziger Delegiertenmandate zu kassieren, namentlich abgestimmt. Die Leipziger Mandate werden mit 212 gegen 60 Stimmen für ungültig erklärt. Leipzig bleibt auf dem Verbandstage ohne Vertretung. Es werden nun noch eine Reihe andere Proteste abgelehnt. So die aus Chemnitz, Düsseldorf, München und Braunschweig.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht, für den eine große Anzahl von Anträgen mit zur Besprechung vorliegt, wird dann abgebrochen, die Sitzung wird dann auf morgen vertagt.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Juni.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet 2 1/2 Uhr die Sitzung. Am Vordrucktisch: Kriegsminister v. Heeringen.

Kriegsminister v. Heeringen: Der Abg. Jubeil hat sich gestern mit dem 1890 verstorbenen Major v. Noon beschäftigt. Ich habe zu konstatieren, daß die Angabe, v. Noon habe irgend einen Menschen erschossen, erschossen oder sonstige ums Leben gebracht, frei erfunden ist und in das Gebiet der Unmündlichen gehört. Mir fehlen die Worte dafür, wie ein Abgeordneter hier von der Tribüne des Reichstags einen vor 23 Jahren verstorbenen Ehrenmann heruntersetzen kann. Er hätte seine Angaben leicht durch die jedermann zugänglichen alten Jahrbücher feststellen können. Das Urteil über dieses Verhalten überlasse ich dem Reichstag. (Beifall rechts.)

Abg. Jubeil (Soz.):

Meine Ausführungen entsprechen den Tatsachen. Alle Redeweisheiten, die mit mir die Uebung in Guben gemacht haben, können bestätigen, daß v. Noon nicht nur Menschen, sondern auch Pferde und Hunde mißhandelt hat.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe nur zurückgewiesen, daß v. Noon seinen Vurschen oder einen anderen Menschen erschossen, erschossen oder sonstige ums Leben gebracht hat. Wenn Herr Jubeil und seine Kameraden die Behandlung so schwer empfunden haben, so wundere ich mich, daß er nicht schon damals dagegen eingeschritten ist und sich das hat gefallen lassen.

Die Sozialdemokraten beantragen einen besonderen Artikel, der sich auf die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung bezieht.

Abg. Heine (Soz.):

Ich habe einen Antrag id zu begründen: „Den Angehörigen der Armee wird die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung in ihrer außerdienstlichen Tätigkeit gewährleistet. Die Befundung oder Betätigung der politischen oder religiösen Gesinnung unterliegt nicht der militärischen Disziplin“. Wir wollen nicht während des Dienstes Betätigung der Politik, sondern wir wollen die heutige Politisierung der Armee beseitigen, die die Disziplin nur lockert. Ich brauche auf einzelne Fälle heute hier nicht einzugehen. Es sind uns viele Fälle bekannt, wo Söhne bekannter Sozialdemokraten vom Heeresdienst ausgeschlossen worden sind wegen allgemeiner Körperschwäche, von der allerdings andere nichts bemerkt haben. Wenn allerdings alle Sozialdemokraten wegen ihrer Unwürdigkeit vom Heeresdienst ausgeschlossen würden, dann würden viele Straßburger ihrer Söhne halber Sozialdemokraten werden. (Heiterkeit.) Wir lehnen diese Gesinnung natürlich ab. So sehr wir den Krieg verwünschen und so sehr wir jedes leichtfertige Spielen mit Kriegsinstrumenten verurteilen, so stehen wir doch auf dem Standpunkt, daß es ein Recht des Staatsbürgers ist, seine Freiheit in der Stunde der Gefahr selber zu verteidigen. Wehrpflichten und politische Pflichten sind vollkommen gleichmäßig. Der Reichskanzler atmet in seinen Reden den Geist einer Prätoria nergarde. Die Kommandogewalt findet ihre Grenze in den beschriebenen und unbeschriebenen Befehlen des Grundprinzips der allgemeinen Wehrpflicht. Man bezeichnet die meisten Soldaten als Fremdkörper in der Armee; das ist eine Mißachtung. Die Armee übersteigt den größten Teil ihrer Soldaten damit. (Sehr richtig! links.) Daneben ist eine solche Behauptung sehr unklug, denn die so Mißhandelten verlassen das Heer als gewöhnliche Feinde der Armee. Die Junker freilich, von denen Bismarck sagte, daß sie teilweise Ochsen aus Prinzipsien (Heiterkeit), billigen diese Entwicklung. Konsequenz wäre vom Monarchismus der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht und die Errichtung eines Söldnerheeres. Es gibt nur eines von beiden. Ein Heer, das nur dem Kaiser und nicht dem Volke sich verpflichtet fühlt, das nur von der Kommandogewalt abhängt, oder ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht, das alle Deutschen umfassen muß. Wir wollen das letztere, und deshalb stellen wir unseren Antrag. Hier sind wir die Staatsverwalter, nicht Sie. (Beifall links.)

Abg. Dr. Quard-Noburg (natl.): Das Schmüßeln wegen der politischen Gesinnung ist auch uns zuwider. Aber die Anträge sind entweder ein Zeichen von Unkenntnis der Bedürfnisse der Armee, oder, was wahrscheinlicher sein dürfte, ein Zeichen für den Geist, mit dem die Sozialdemokratie das Heer bekämpft.

Abg. Vogtherr (Soz.):

Der Beweis für die Nichtigkeit unserer Anträge ist, daß die nationalliberale Partei den Abg. Dr. Quard vorgeschickt hat. Was er vorbrachte, war ein hilfloses Bestammel. (Zuruf aus dem Hause: „Friedheit“.) Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Vogtherr zur Ordnung. Die Behauptung, wir wollten agitatorische Freiheit für die Sozialdemokratie im Heere ansprechen, wird niemand beweisen können. Wir wollen die gleichen rechtlichen und politischen Rechte für die Soldaten außerhalb der Kaserne. Die Religion als militärische Disziplin zu behandeln, ist unreligiös.

Abg. v. Orff (kon.): Die sozialdemokratischen Anträge laufen darauf hinaus, die sozialdemokratischen Ideen im Heer weiter zu verbreiten. Die Sozialdemokraten halten in ihrer Partei auf die Disziplin, die sie im Heere beseitigen wollen. Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Es folgt die Debatte über das

Militärverbot.

Die Budgetkommission beantragt in einer Resolution, dafür zu sorgen, daß seitens der Militärverwaltung Soldaten der Versuch von Räumlichkeiten nicht verboten werden darf, weil der Inhaber eine politische Ueberzeugung hat, oder seine Räumlichkeiten einer politischen

Partei zur Verfügung stellt, es sei denn in der Zeit, in der politische Versammlungen in dem Anwesen abgehalten werden. Die Sozialdemokraten stellen einen weitergehenden Antrag.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Das Militärverbot war vielleicht in Zeiten des Sozialistengesetzes und kurz darnach ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, heute ist das Militärverbot aus einer Maßregel zu einer Schikane gegen den gewerblichen Mittelstand geworden. (Sehr richtig! links.) Die Militärverwaltung weiß ganz genau, daß das so ist. In zahlreichen Fällen wurde der Heeresverwaltung nachgewiesen, daß von diesem Militärverbot gerade die staatsreuen Elemente betroffen wurden. In Mannheim sind 88 Lokale gesperrt. (Hört, hört!) Darunter sind nur 11 sozialdemokratisch, zwei davon sind erst infolge des Vorkommnisses im eroberten Lande haufen, nicht aber die Verwaltung eines Heeres mit allgemeiner Wehrpflicht. Die Praxis der Heeresverwaltung ist in dieser Beziehung trotz gleicher Grundsätze in den einzelnen Garnisonen ganz verschieden. So sind überhaupt keine Sperren verhängt in München, Stuttgart und Freiburg. Wenn in so großen Städten jahrelang auf die Anwendung eines solchen Mittels verzichtet werden kann, dann ist der Beweis erbracht, daß es überflüssig ist. (Sehr richtig! links.) Es gibt aber andererseits Garnisonen, in denen der Vorkommnis in so scharfer Weise gehandhabt wird, daß es selbst dem Kriegsminister peinlich war. In Königsberg ist die Zahl der gesperrten Wirtschaften und der boykottierten Betriebe 180. (Hört, hört!) Ein Arzt leistete einem berufligten Soldaten die erste Hilfe, er durfte ihn aber nicht weiter behandeln, weil er auf der Prospektionsliste stand. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Liste, die ich hier niederlegen möchte, ist ein Dokument, dessen sich jeder schämen müßte. Ein Huthändler war gesperrt, ohne zu wissen, weshalb. Ich erühere es erst nach längerer Forschung. Vor langen Jahren hatte dieser Mann einmal zu seiner Hochzeit einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten eingeladen. (Hört, hört!) Somit ist in seinem Leben kein schwarzer Punkt zu finden. (Zuruf: „Roter Punkt!“) (Heiterkeit.) Auch das Inzerieren in sozialdemokratischen Blättern ist der Heeresverwaltung unangenehm. Man übt eine Praxis, die ich nicht anders als erpresserisch bezeichnen kann. (Rufe der Sozialdemokraten: Schutz der Gewerbefreiheit.) Vizepräsident Dove bietet, die Zwischenrufe zu unterlassen. In Sachen ist die Praxis milder, aber auch die mildere Praxis hat sehr viele Schattenseiten. Auch die Soldaten selbst werden schließlich erbittert gegen die Schikanen der Heeresverwaltung. Der Kriegsminister hat sich energisch dagegen verwahrt, daß er die Sozialdemokraten mit Dingen und Zuhältern in eine Reihe gestellt hat. Wir haben von dieser Erklärung Kenntnis genommen. Er hat aber vergessen, daß das Beleidigende nicht in der Abbitte zu Hagen braucht, das Beleidigende liegt in der Praxis. Die Zusammenstellung der Lokale auf den Listen wirkt beleidigend, a. B. auf der Liste der verbotenen Lokale in Straßburg. Da steht an besonderer Stelle das Zigarengeschäft unseres Freundes Böhle; an zweiter Stelle stehen die Dirmenlokale. Es ist vorgekommen, daß betrunzene Unteroffiziere in den Laden unseres Freundes Böhle gekommen sind und dessen Frau gefragt haben, wo denn eigentlich die Mädchen seien. (Große Unruhe.) Dafür sind Sie verantwortlich, Herr Kriegsminister, wenn deutsche Staatsbürger solche Schmach erdulden müssen. (Große Unruhe.) In einer Wirtschaft war vor vielen Jahren ein sozialdemokratischer Wirt. Seitdem hat das Lokal sehr oft den Besitzer gewechselt, aber der Bohrtort liegt auf dem Hause wie eine Hypothek. Ich möchte sagen, wie eine Realungerechtigkeit. (Heiterkeit.) Die Liberalen sind vor den Streichen der Militärverwaltung nicht unbedingt sicher. Denken Sie an den Fall der „Neuen Straßburger Zeitung“ und an dem temperamentvollen General v. Deimling, dessen Selbstbewußtsein zu geradezu afrikanischer Hitze getrieben ist. Wenn jede Zeitungskritik sofort zu solchen Verfügungen führen würde, was muß mit der freisinnigen „Post“ geschehen, die oft genug an der Heeresverwaltung Kritik geübt hat! (Zuruf links: An dem obersten Kriegsherrn.) Ich weiß nicht, ob das so tragisch genommen wird, aber jedenfalls gegen die Herren der Militärverwaltung selbst darf nichts gesagt werden. Dem Volksbewußtsein werden damit dieselben Schäden zugefügt. Und wie schlecht wirkt das im Ausland! Wenn der Kriegsminister nicht bald für Abhilfe sorgt, so muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er durch seine Verwaltung die Schlagfertigkeit des Heeres untergräbt. Unser Antrag wird ein Prüfstein sein für Ihren Stolz und für Ihr Rechtsgesühl. Im Volke wird nicht ein Prozent sein, die nicht sagen würden, das Recht ist mehr auf Seite der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Fiesching (fortsch. Vpt.): Es würde vielleicht genügen, wenn die Lokale an den Tagen gesperrt würden, wo sozialdemokratische Versammlungen darin abgehalten werden. Der sozialdemokratische Antrag ist nicht geeignet, Mißstände zu beseitigen. Ganz unerschöpflich ist das Vorgehen der Militärbehörde gegen die „Straßburger Neue Zeitung“, die sich einmal betrauen genommen hat, an Maßnahmen der Militärbehörden Kritik zu üben.

Generalleutnant v. Wandel: Die Bestimmungen über das Lokalverbot befragen klar, daß ein Verbot nur ausgesprochen werden darf, wenn es die Disziplin verlangt. Die Zentralstelle kann natürlich nicht über alle Fälle orientiert sein, ist aber bereit, Mißstände zu beseitigen. Die vorgebrachten Einzelfälle haben sich doch ganz anders zugetragen, als es in den Zeitungen gestanden hat. So war es auch mit der angeblichen erheblichen Störung des Straßburger Verkehrs beim Passieren zweier Batterien Artillerie.

Abg. Weitzel (Soz.):

Der Militärboykott ist verfassungswidrig. Ich verweise in dieser Beziehung auf das Vorgehen des Generals v. Deimling gegen die „Straßburger Neue Zeitung“. Der General hat sich durch die Sperrung der Straße unliebsam gemacht. Der Kriegsminister hat sich mit höchster Entschiedenheit dagegen verwahrt, daß es eine Beleidigung darstellt, wenn die Sozialdemokraten mit Dingen und Zuhältern zusammen genannt werden. Unter der Hand haben wir erfahren, daß die Militärbehörde die Schuld daran trägt, daß die Verdelle in Straßburg gegen den Willen der Gemeindebehörde aufrecht erhalten werden. Auch in Colmar besteht ein geheimer Kampf zwischen der Militärverwaltung und der Gemeindebehörde in der Vorbefrage.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Den General Deimling herauszuheben, war ein vergebliches Bemühen. Das Vorgehen des Straßburger Gemeinderats sollte der Militärverwaltung doch zu denken geben. Der General läßt Kavallerie und Artillerie durch die verkehrsreichsten Straßen von Straßburg raffen, um zu zeigen, wie eine eroberte Stadt zu behandeln ist. In Straßburg hat im Gemeinderat unser früherer Kollege Prof. Dr. Spahn gegen das Vorgehen der Militärverwaltung protestiert. Es scheint, daß sein Beispiel hier nicht Nachahmung findet.

Abg. Müller-Meinungen (fortsch. Vpt.): Der sozialdemokratische Antrag verlagte vollständig. So macht man keine Gesetze. Ich möchte den Kriegsminister fragen, ob er das Verbot der „Straßburger Neuen Zeitung“ billigt. Redner wünscht Aufklärung über den Fall der „Straßburger Neuen Zeitung“. Es liegt ein Verstoß gegen das Reichspräsidentengesetz Regierung, wie man ohne Gesetz die Pressefreiheit beseitigen kann. So etwas ist eine politische Unflughheit sonder-

gleichen. Wenn die Militärverwaltung für derartige Imponierabilien keinen Sinn hat, dann darf man sich nicht verwundern, wenn sie in Süddeutschland auf militärischem Gebiet auf immer größere Schwierigkeiten stößt. Ich erwarte eine Antwort vom Kriegsminister, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen das Straßburger Verbot ergangen ist. Ich glaube nicht, daß sich der Kriegsminister hier wieder auf das berühmte Wort von der Kommandogewalt zurückziehen können. Sollte dies der Fall sein, dann ist es notwendig, den Ausschüssen aufs allerenergischste entgegenzutreten. Herr v. Deimling ist ungewöhnlich ein tüchtiger Soldat, auf öffentlich-rechtlichem Gebiet aber ein Unglücksrump.

Kriegsminister v. Heeringen: Diese letzte Bezeichnung ist doch eine ungewöhnliche und unpassende. (Unruhe links.) Der Abg. Müller-Meinungen fragt, auf Grund welcher Gesetze die Maßnahme gegen die „Straßburger Neue Zeitung“ erfolgt sei. Das Reichspräsidentengesetz hat damit überhaupt nichts zu tun. Der General hat lediglich in der Ausübung seiner Pflicht zu handeln geglaubt. Der Vorgang selbst hat übrigens keinen Anlaß zur Beschwerde gegeben. Man wird doch in einer deutschen Stadt noch das Recht haben, mit zwei Batterien über die Straße zu marschieren. Die Straßburger Bevölkerung hat daran keinen Anstoß genommen. (Widerpruch bei den Soz.) Es ist nicht anzunehmen, daß man nur zum Zweck eines Strafens Kavallerie und Artillerie spazieren führen läßt. Der Vorgesetzte hatte in diesem Falle das Recht, da er sich betraufschiedete, die Truppen an sich vorbeimarschieren zu lassen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Der Kriegsminister hat auch jetzt auf unsere Frage nicht geantwortet. (Zustimmung bei den Soz.) Ich nehme also an, daß er sich über diese wichtige Frage eine Meinung nicht gebildet hat. Er glaubte behaupten zu dürfen, daß das Volk von Straßburg mit dem Vorgehen des Generals einverstanden sei. Gemeinderat und Rat haben einstimmig das Verhalten des Generals mißbilligt. Der General machte mit seinen Truppen einen Umweg, um die Bevölkerung zu ärgern. Es trifft nicht zu, daß der Fall der „Straßburger“ nicht unter unseren Antrag fällt.

Abg. Müller-Meinungen (fortsch. Vpt.): Es müssen gesetzliche Garantien gegen solche Maßnahmen geschaffen werden. Ich stelle fest, daß der Kriegsminister auf meine Frage, auf welche gesetzlichen Bestimmungen der Erlaß des Generals v. Deimling zurückzuführen ist, keine Auskunft gegeben hat. Der Kriegsminister sagte, daß die Straßburger liberale Presse die Soldaten überhaupt nicht gern durch Straßburg marschieren sehe. Wegen dieses Vorwurf muß ich entschieden protestieren. Ich erwarte, daß er diesen Vorwurf zurücknimmt.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über die Anträge betreffend den Militärboykott erfolgt morgen namentlich. Es folgt die Debatte über die

Beförderungen.

Die Sozialdemokraten beantragen einen besonderen Artikel, in dem gefordert wird, daß nur persönliche Tüchtigkeit ohne Rücksicht auf die religiöse oder politische Ueberzeugung für die Beförderung maßgebend sein soll.

Abg. Bernstein (Soz.):

Spricht man von einem Volksherr, so darf keine Zurücksetzung größerer Volksbeile erfolgen.

Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Bernstein wegen einer auf den Abg. v. Graefe gemünzten Aeußerung nachträglich zur Ordnung.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe zu konstatieren, daß entgegen den Zeitungsnachrichten, ungerechtfertigte Offizierspensionierungen nicht vorgekommen sind.

Abg. Graf v. Praschna (Nat.): Während der Abg. Bernstein das Breslauer Jubiläumsspiel besuchte, besuchte der Hauptmanns besonders gerühmt hat, besuche ich mich auf die Welt am Montag, die das Beispiel des „bodenlos Frechheit“, die jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben müßte, bezeichnet hat. (Lebhafter Beifall und Unruhe.)

Darauf wird die Wiedereröffnung auf Freitag 2 Uhr vertagt; vorher kurze Anfragen. — Schluß 7 1/2 Uhr.

### Aus der Partei.

Der Bericht der sozialdemokratischen Landesorganisation Baden ist soeben im Druck erschienen. Er umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 und wird dem außerordentlichen Parteitag zu Freiburg am 21. und 22. Juni 1913 vorgelegt.

Nach § 6 des neuen Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das auf dem Parteitag in Chemnitz im September 1912 beschlossen wurde, beginnt das Geschäftsjahr am 1. April und endet mit dem 31. März. Der diesmalige Geschäftsbericht kann also nur für neun Monate, d. h. für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 erstattet werden.

In seinem Vorwort sagt der Bericht: Als seine wichtigste Aufgabe betrachtete der Landesvorstand die Fortsetzung der bereits eingeleiteten Vorbereitungen für die in diesem Herbst stattfindenden Landtagswahlen. In genügender Weise wurden den Genossen schriftliche und mündliche Anregungen zum Ausbau der Organisation gegeben und dieselben aufgefordert, vor allem die Schlagfertigkeit der Kämpfer zu festigen und dem Kampffonds die nötige Beachtung zuteil werden zu lassen.

Ueber den Ausbau der Organisation sagt der Bericht: Obwohl der innere Ausbau unserer Organisation in Baden gegenüber den beiden vorhergehenden Jahren ein bedeutend besserer und geistiger geworden ist, können wir andererseits nicht verhehlen, daß die Entwicklung derselben, d. h. die Erweiterung unseres Mitgliederbestandes durchaus nicht befriedigend hat und in gar keinem Verhältnis steht zu den sehr hohen Aufwendungen, die dafür gemacht worden sind. Wenn der Landesvorstand auch keineswegs verkennet, daß zunächst einmal nur eine neunmonatliche Tätigkeit in Frage kommt, so muß andererseits hier offen ausgesprochen werden, daß gerade im verfloffenen Geschäftsjahre eine Fluktuation unter den Mitgliedern eingetreten war, wie wir sie noch nicht zu der gleichen hatten und daß dementsprechend der Reingewinn an Mitgliedern den der verfloffenen Jahre auch nicht annähernd erreicht hat. Die Parteigenossen müssen dabei berücksichtigen, daß nur die Kreise 2, 3, 5, 11 und 13 eine Zunahme zu verzeichnen haben; davon entfällt der übergroße Teil nur auf den 11. Kreis. Die übrigen acht Kreise dagegen schließen mit einem Minus von Mitgliedern ab; es ist das ganz bestimmte keine erfreuliche Tatsache.

Wir haben in den letzten neun Monaten 4221 Neuaufnahmen gemacht und im ganzen, wie aus der nachfolgenden Mitgliederstatistik zu ersehen ist, nur eine Zunahme von 261 Mitgliedern zu verzeichnen. Von den 3960 neu aufgenommenen Mitgliedern, die nicht mehr vorhanden sind, können nach der statistischen Aufzeichnungen der einzelnen Abrechnungen mindestens 40 bis 50 Prozent auf mangelhafte Beitrags-Erfassung gerechnet werden, ein Verlust, der, wenn auch nicht vollständig hätte vermieden, so doch bedeutend vermindert werden können, falls die Beitragsleistung mit dem nötigen Fleiß und mit Energie betrieben worden wäre. Besonders zu beachten ist dabei, daß die Gewinnung neuer Mitglieder verhältnismäßig viel leichter ist, als deren dauernde Befestigung an die Organisation, die ihnen Pflichten auferlegt und im ersten Moment greifbare Vorteile nicht gewährt.

Betrachten wir uns die Beitragsleistung der unsrerer Or-

und bei den feierlichen Gelegenheiten. Am allgemeinen hat dieser Brauch keinen gleich mehr in untern geistlich-liturgischen Leben. Unter welchem ist sehr verbreitet geblieben. Es hat heute aber fast ganz aufgehört. Die meisten der feierlichen Brauch hat heute fast ganz aufgehört. Die meisten der feierlichen Brauch hat heute fast ganz aufgehört.

Organisation angehörig Mitglieder, die ebenfalls in einer Tabelle des Berichtes zu finden ist, so ist auch dieses Resultat kein befriedigendes. Der Durchschnitt der Beitragsleistung beträgt für männliche und weibliche Mitglieder pro Kopf und Vierteljahr etwa zehn Wochenbeiträge. Es ist deshalb doppelte Pflicht, daß unsere gesamten Funktionäre ihr Hauptaugenmerk auf eine in allen Teilen pünktliche Beitragsleistung richten, damit diese gewiß unangenehme Erscheinung des Mitgliederverlustes in einer solchen Höhe beseitigt wird und der Landesvorstand keine Ursache mehr hat, in jedem Bericht auf diesen ungesunden Zustand hinweisen zu müssen.

Mit dieser Tätigkeit für die Organisation, d. h. mit der Beitragsleistung und Beitragsleistung allein, ist es natürlich nicht getan und können unser Aufgaben auch nicht gelöst werden. Um das Letztere zu erreichen, ist es vor allen Dingen Pflicht der Funktionäre und Vertrauensleute, das Vereinsleben so zu gestalten, daß die Mitglieder Freude an dem Besuch der Parteiveranstaltungen gewinnen und etwas lernen können. Kurz gesagt: eine gewaltige Erziehungsarbeit ist noch zu leisten, um die Entwicklung unserer Organisation in Baden in wirksamer Weise rascher vorwärts zu bringen. Dies zu erreichen, ist Aufgabe der gesamten Parteigenossenschaft Badens.

Die Frauenagitation und die Agitation unter der proletarischen Jugend hat in der Verlagszeit erfreuliche Fortschritte gemacht und kann konstatiert werden, daß es auf beiden Gebieten vorwärts geht. Auch mit der Agitation für unsere Bildungsbestrebungen sind ebenfalls sehr gute Resultate erzielt worden. (Schluß folgt.)

Der Freiburger Parteitag.

Die Volkswachdruckerei können die Delegierten beschließen bis abends 7 Uhr, am Sonntag früh von 7 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Es ist dafür gesorgt, daß stets eine Führung durch die Räume der „Volkswacht“ zur Stelle ist.

Bewerkschaftliches.

\* Friedrichsfeld, 19. Juni. Die bei den hiesigen Bahnhofsbaumarbeiten beschäftigten Arbeiter sind heute früh in den Ausstand getreten.

Bretzen, 19. Juni. Heute morgen legten über 100 Arbeiter der Firma Lammle, Ofenfabrik, einmütig die Arbeit nieder. Grund hierzu gaben die wiederholten Lohnabzüge an den Schleifern, die schon 8 Tage im Ausstand stehen. Die Firma sucht Tagelöhner mit „Lebensstellung“ als Schleifer. Zugang ist fernzuhalten.

Tarifverträge im Brauereigewerbe. Während jetzt der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter mit den beiden Durlacher Brauereien Wagner und Center einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen hat, der den Arbeitern die gleichen Verbesserungen bringt, wie der Tarif des mittelbadischen Brauereiverbandes, haben die Unterabteilungen mit dem Brauereibesitzer Peter Förster in Weingarten zu keinem Ergebnis geführt. Herr Förster lehnt es ab, einen Tarifvertrag abzuschließen, obwohl ein solcher schon jahrelang bestand. Dieser Schlichtungsstandpunkt wird Herr Förster seinen Nutzen bringen. Die Honorararbeiten von Weingarten allein trinken das Förster-Bier kaum alles. Die Arbeiter haben dabei auch noch ein Wort mitzureden und können trinken, was sie wollen. Mit diesem Verhalten des Herrn Förster wird sich in der nächsten Zeit die Öffentlichkeit eingehend befassen. Herr Förster sollte daher beiseite einlenken.

Die Firma Sinner ist also unterlegen. Es gelang ihr trotz Anstrengung nicht, aus der tariflichen Verpflichtung eine Wohltat zu konstruieren. Auch eine soziale Begünstigung soll diese Zulage nicht sein. Nach den Begriffen des Herrn Direktors Genrich ist also eine Wohltat keine soziale Begünstigung. Vor dem Abschluß des Tarifes hat sich nämlich die Firma bereit erklärt, den Mälzereiarbeitern die gleichen sozialen Vergünstigungen zuzulassen, die die anderen Arbeiter bereits genießen, so daß eine gerechte Gleichstellung herbeigeführt wird. Als diese gerechte Gleichstellung in die Praxis umgesetzt werden sollte, befristet man, hierzu verpflichtet zu sein und legte die gemachten Versprechungen ganz anders aus.

Auch andere Tarifpositionen erfahren durch die Direktion eine Auslegung, womit die Arbeiter gar nicht einverstanden sein können. Wenn man dann gezwungen ist, ernstlich Beschwerde darüber zu führen, so kann man noch gewärtig sein, von der Direktion als unzurechnungsfähig hingestellt zu werden. Wir nehmen aber an, daß sich die Herren der Tragweite ihres Handelns, die Bestimmungen des Tarifvertrages auf solche Art und Weise auslegen, gar nicht bewußt geworden sind.

Kommunalpolitik.

Aus Bretzen schreibt man uns: Eine große Unzufriedenheit herrscht zurzeit unter den städtischen Arbeitern über die hiesige Stadtratsregierung. Kommt 3. W. ein Arbeiter drei Minuten zu spät, so wird derselbe gebrüht heruntergepußt. Wenn aber der Herr Bürgermeister morgens statt um 8 Uhr um 9 oder 10 Uhr allgemach auf das Bureau kommt oder nachmittags um 3 oder 4 Uhr statt um 2 Uhr, so findet man nichts dabei. Böse Jungen behaupten zwar, daß, wenn er sich einmal gnädig herabläßt, mit einem Arbeiter zu sprechen, er sein großes soziales Herz entdeckt, ist er aber bei der Ganteböcke, bei feinesgleichen, so ist er ein Reaktionsär mit Eichenlaub und Schwertleuten. In die gleiche Kerbe haut sein „Adjutant“, der Stadtbaumeister. In die Antreiberei der Arbeiter sucht feinesgleichen und jeder Schachtmacher kommt in dem Stadtbaumeister seinen Meister finden. Ältere Arbeiter und solche, die ihm nicht genehm sind, will er keine mehr einstellen. Ja, er möchte die schon länger beschäftigten älteren Arbeiter auch noch los sein. Kürzlich hat, wie schon im „Volkswacht“ berichtet wurde, ein älterer Arbeiter, der schon wiederholt bei der Stadt beschäftigt war, Selbstmord begangen, weil er bei der Stadtgemeinde keine Beschäftigung mehr bekam. Die Oberbongen der Stadt sind dabei patriotisch bis auf die Knochen und dabei wird immer wieder der Betribsfall geschwungen und sogar bei den Arbeitern nicht halt gemacht, damit sie auch ihr Scherlein dazu beisteuern sollen. Weiber lassen sich immer noch welche übers Ohr hauen. Wie steht es mit der in der vorletzten Bürgerauschubung besprochenen Wohnordnung? Wie man munkelt, soll sie im Gemeinderat abgelehnt worden sein. Dies würde den Bretzener Stadträten in ihrer Wehrheit gleich sehen. Jetzt, da der Gehaltstaxi für die Beamten mit Hilfe der Sozialdemokraten genehmigt ist, braucht man für die städtischen Arbeiter keine Wohnordnung mehr. Unsere Vertreter auf dem Rathaus wird empfohlen, hier einmal nach dem Recht zu sehen.

Der Landesverband hiesiger Beamten im Großherzogtum Baden hielt in Karlsruhe seinen 8. Verbandstag ab. Der Verband, der im Gründungsjahr 1100 Mitglieder zählte, ist heute auf die doppelte Zahl angewachsen. Die Verhandlungen wurden geleitet von dem hiesigen Vorsitzenden Oberstadtrat Weiler in Karlsruhe, der in Mannheim infolge Austritts aus dem Verein der hiesigen Beamten in Mannheim sein Amt gemeinsam mit dem hiesigen Verbandsführer

Stadtrat Fischer in Mannheim niedergelegt hat. Der Geschäfts- und Kassenbericht fanden Genehmigung ebenso verschiedene Satzungsänderungen. Bei den Vorstandswahlen wurde Oberstadtrat Weiler in Karlsruhe zum 1. Vorsitzenden, Strohhauer aus Bruchsal zum 2. Vorsitzenden, der Vorstand des Arbeitsamts Karlsruhe, Dehninger, zum Schriftführer und Stadtrat Unholz in Heidelberg zum Kassamitglied gewählt. Der nächste Verbandstag wird in Karlsruhe im Jahre 1915 stattfinden.

Zur Besetzung der Bürgermeisterposten in Freiburg. Der Freiburger Stadtrat konnte in seiner letzten Sitzung über die Besetzung der Bürgermeisterstellen eine Einigung nicht erzielen. Die Beschlußfassung wurde vertagt. Die von der Zentrumsfraktion dem Stadtrat vorgeschlagenen drei Kandidaten wurden abgelehnt. Der Stadtrat erklärt jetzt eine Bekanntmachung über die Neubesetzung der Stelle des 1. Bürgermeisters der Stadt Freiburg mit einem Anfangsgehalt von 10 000 M. mit dem Anfügen, daß geeignete Bewerber ihre Gesuche unter Angabe ihres Wohnortes innerhalb 2 Wochen beim Stadtrat einreichen sollen.

Zur Wahl eines 1. Bürgermeisters schreibt die „Freie. Bg.“: „Wir sehen nicht ein, weshalb die Parteien nicht einstimmig den bisherigen 2. Bürgermeister, Herrn Nibel, zum 1. Bürgermeister vorschlagen sollten, zumal Herr Nibel den glänzenden Befähigungsnachweis zur Bekleidung des 1. Bürgermeisterpostens erbracht hat. Jedenfalls sollte sich eine Einigung der Parteien in dieser Richtung unschwer erzielen lassen und wir stehen nicht an zu erklären, daß wir auch Verständnis für den Wunsch des Zentrums haben, als die zweitstärkste Partei mit einem der ihrigen den Posten des 2. Bürgermeisters zu besetzen.“

\* Rahr, 19. Juni. Der Stadtrat wurde vor einiger Zeit die Mitteilung, daß der in Paris verlebene geborene Bahner Albert Carosi seiner Vaterstadt das von ihm erworbene Vermögen nach Abzug einer Anzahl Legate hinterlassen habe mit der Bedingung, daß seiner Gattin, einer Pariserin, bis zu ihrem Tode das alleinige Verfügungsrecht darüber verbleibe. Die in Aussicht stehende Summe beläuft sich auf ungefähr 150 000 bzw. 200 000 Franken. Die Stadtverwaltung hat nunmehr von der französischen Steuerbehörde die Auflage erhalten, eine Summe von 24 000 M. Erbschaftsteuer zu zahlen. Da nun aber noch keineswegs feststeht, wie sich die Erbschaftsangelegenheit klären wird, hat die Stadtverwaltung zur Regelung der Angelegenheit resp. zu einer eventuellen Stundung der Steuer einen Vertreter nach Paris geschickt.

Jugendbewegung.

Psalmfängerchor und militärischer Drill. Nach Verichten bürgerlicher Blätter hatten am Sonntag die Psalmfängerchorps Nordbadens vor dem Prinzen Mar eine „größere Uebung“; es heißt da u. a.:

„Das Jubiläum des Kaisers wurde von den Psalmfängern mit einer großen Uebung bei Schweningen gefeiert, zu der etwa 1100 Psalmfänger aus Nordbaden erschienen waren, und bei der der Schirmherr der Psalmfänger, Prinz Mar, antworfend war. Um halb 8 Uhr rückte das Korps in Stärke von etwa 400 Jungens mit fröhlichem Sang und Klang zum Tore hinaus. Nachdem im Walde vor Schweningen längere Rast gemacht war, traf das Korps um halb 12 Uhr in Schweningen ein und marschierte nach der hiesigen Straße, an der abgetakt wurde. Um halb 3 Uhr traf Prinz Mar im Automobil ein. Kurz darauf begann das Geländespiel; auf der einen Seite führte Landesfeldmeister Dr. Wettstein, auf der anderen Reumant Bagentz her. In gleichzeitiger Angriff von fünf Seiten her ging es mit lautem Hurra auf den bei Schweningen stehenden Gegner los.“

Dieser Bericht ist nach verschiedenen Seiten hin interessant; er beweist nämlich, daß im Psalmfängerchorps, trotz aller Uebungen, die „Soldatespielerei“ der Hauptzweck ist. Nebenbei wird die Jugend beizuteilen zum Hurra schreien „herangebildet“.

Aus dem Lande.

Durlach. — Tarifverträge im Brauereigewerbe. Mit den beiden hiesigen Brauereien Karl Wagner und Max Center in Durlach hat der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der den Arbeitern die gleichen Verbesserungen bringt, wie im Tarif des mittelbadischen Brauereiverbandes vorgesehen sind. Der Vertrag läuft ebenfalls vier Jahre.

Sonnenwendfeier. Auch in diesem Jahre wird der Verkehrs- und Verschönerungsverein zur Sonnenwende die Zumburggrüne beleuchten und ein Feuerwerk abbrechen lassen, und zwar kommenden Samstag abend.

Die Ortskrankenkasse beruft ihre Vertreter auf kommenden Donnerstag abend 8 Uhr zu einer außerordentlichen Generalversammlung. Einziger Tagesordnungspunkt: „Die Beratung der neuen Satzungen.“

Ettlingen. — Die Untersuchung in der Brandstiftung im hiesigen Lehrerseminar hat nun zu der Verhaftung eines Seminaristen des 3. Kurtes geführt. Der Seminarist war bereits am letzten Samstag verhaftet, am Sonntag aber wieder freigelassen worden. Die Verdachtsmomente gegen den betreffenden Seminaristen haben sich aber verdichtet, daß er erneut verhaftet wurde.

\* Selbstgestell hat sich ein Rechtsanwalt unter der Angabe, daß er sich als Kontroverswalter habe Unterschlagungen zuzuschulden kommen lassen.

Berghausen, 20. Juni. Blitzschlag. Gestern nachmittag schlug der Blitz in das Wohnhaus des Wilhelm Schure und zündete; das ganze Anwesen stand sofort in Flammen. Durch das energische Eingreifen der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr, die alsbald zur Stelle war, konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden, obwohl die angrenzenden Nachbargebäude fast bedroht waren. Menschenleben kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Ruppheim, 18. Juni. Der Arbeitergesangsverein „Gleichheit“ veranstaltet am Sonntag, 22. Juni, ein Badfest, verbunden mit Tanzbelustigung, Preisfischen, Gluckrad usw. Verschiedene Arbeitergesangsvereine von Karlsruhe und Umgebung haben ihre Mitwirkung zugesagt, sobald das Programm ein reichhaltiges sein wird. Alle hiesigen und auswärtigen Genossen, Arbeiter und Gesangsvereine sind willkommen. Der junge Gesangsverein „Gleichheit“ wird sich bemühen, sämtliche Festteilnehmer in jeder Hinsicht zu befriedigen.

Arbeiter-Nachfahrerverband „Solidarität“ Gau 22, Bezirk 5. Am Sonntag, 22. Juni, findet in Plettersdorf unser diesjähriges Bezirksfest statt. Die Vereine des 5. Bezirks werden dringend erlucht, sich pünktlich 1 Uhr im „Anker“ in Plettersdorf einzufinden, da von dort mit Musik abgefahren wird. Sollte das Wetter zu schlecht sein findet das Fest 8 Tage später statt. Die Bezirksleitung.

Verleumdungsprozess.

In seiner Nummer vom 15. April ds. J. brachte der „Badische Landmann“ in Ettlingen einen spaltenlangen Artikel „Volkswacht“ in Karlsruhe an dem Pranger, in welchem nach echter Zentrumsmanner der Gemeinderat Genosse Alois Ded in Mörch in der schmachlichsten Weise persönlich heruntergerissen und beleidigt wurde. Diefürhalf strengte Genosse Ded Verleumdungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur Alfred Graf in Ettlingen an, die gestern vor dem Schöffengericht Ettlingen zur Verhandlung kam. Bei der Ausschließlichkeit des Beklagten bot der Vertreter desselben, Rechtsanwalt Trunk, einen Vergleich an, in den der Kläger schließlich einwilligte. Redakteur Graf widerrief die Behauptungen im „Landmann“ und im „Volkswacht“, zahlte 60 M. Buße für einen wohlthätigen Zweck und trägt sämtliche Kosten. Auf Antrag des Klägers sind die Parteien damit einverstanden, daß die Summe von 60 M. dem seit langem kranken und in dürftigen Verhältnissen lebenden Maurer Leo Nimm in Mörch zugewendet werden. Vertreter des Klägers war Rechtsanwalt Dr. Stullmann (Karlsruhe).

Bestätigtes Todesurteil.

Wegen Mordes hat das Schwurgericht Karlsruhe am 21. April 1913 den Papierfabrikarbeiter Johann Wallner zum Tode verurteilt. Er war von den Geschworenen für schuldig befunden worden, am 16. September 1912, morgens 4 Uhr, dem Papiermaschinenführer Eber Krauch in Dillweinstetten und ihn durch Revolvergeschüsse so schwer verletzt zu haben, daß er am nächsten Tage verstarb. Es lag somit vorläufig überlegte Tötung vor. Gegen seine Verurteilung legte Wallner Revision beim Reichsgericht mit lediglich prozesualer Beschwerde ein. Er rügte unzulässige Beschränkung der Verleumdung, da gewisse Entlastungszeugen nicht von Amts wegen geladen worden seien. Die Beweisaufnahme habe sich nicht auf alle in Betracht kommenden Momente erstreckt gehabt, und Verleumdung aus dem Vernehmungprotokoll des Angeklagten sei unzulässigerweise zur Verlesung gekommen. Das Reichsgericht hat jedoch diese Rügen für unbegründet befunden und dabei auf Verurteilung der Revision erkannt. Somit ist das Todesurteil rechtskräftig geworden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 20. Juni. Gegen die „Klerikale Janitscharenmusik“ wendet sich ein offenbar parteiunabhängiger Artikel in der „Bad. Landeszeitung“. Die Taktik des Zentrums sei darauf berechnet, die Führer der badischen Sozialdemokratie bei ihren eigenen Anhängern zu verächtlichen, um den Liberalismus zu isolieren und einem reaktionären Regiment in Baden die Wege zu ebnen.

„Es müßte ein mehrwärtiger Liberalismus sein, der sich dazu bereit fände, eine solche Taktik zu unterstützen, um das Vinsengericht einiger Wandtägen sein Erbsitzrecht zu verkaufen und den unausschließlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie unter den Klängen der klerikalen Janitscharenmusik zu führen.“

Das werden wir nie und nimmer mitmachen, am wenigsten aber, wenn die Zumutung in solchen Formen an uns herantritt wie zurzeit. Vor wenigen Tagen hat Wader im „Badischen Beobachter“ gemeint, es wäre durchaus einwandfrei, wenn der klerikale Parteisekretär Schofer, wie ihm von einem auswärtigen Blatte nachgesagt wurde, im Lande herumreife und sich um nationalliberale Parteimitglieder Kandidaturen bemühe“. Das ist für die moralische Wertung dieser Taktik bezeichnend. Denn sie besteht in Wirklichkeit in der Spekulation auf schwache Charaktere, die durch die Aussicht auf ein gesichertes Landtagsmandat zur Loslösung gegen ihre Partei verleitet werden sollen. Den Giftkeim der politischen Korruption will man in unsere Partei hineinspielen, um sie von innen heraus zu verderben. Wenn wir uns dagegen wehren, wenn wir dem Verführer die Türe vor der Nase zuschlagen, so tun wir es nicht, um der Sozialdemokratie Wandtägen zu garantieren, sondern um unsere Partei innerlich gesund zu erhalten. Zu diesem Zwecke haben wir mit den Linksparteien das belannte Abkommen geschlossen. Es erhellt nicht den Anspruch, fehlerfrei zu sein, aber ein ideale Wahlposition zu schaffen. Aber es ist gefahren vor dem festen Willen, dem Einbruch der Verberber, wie er vom Zentrum mit jesuitischer Verschlagenheit geplant war, zu steuern, und von der Ueberzeugung, daß es einen andern Weg zur Verhütung des Übels zur Stunde nicht gibt. Das werden auch unsere Parteifreunde, die am nächsten Sonntag hier zur Beratung zusammentreten, verstehen und gebührend zu würdigen wissen.“

Vom Bildungsausschuß

wird uns geschrieben: Am Mittwoch, 2. Juli, findet von 1/9 bis 10 Uhr abends eine ausschließlich Bildungszwecken gewidmete Kinematographenvorstellung im Residenztheater hier: statt. Unter anderem werden folgende Filme zur Vorführung gelangen:

Kochet euer Wasser. — Aufstieg in die Nordkette. — Die Best. — Fensterfabrikation. — Streichholzfabrikation. — Kergensfabrikation. — Quer durch Norwegen. — Kohlenbrennerei in der Bretagne. — Bekannte Insekten.

Das vollständige Programm wird nächste Woche bekannt gegeben. Das Billet kostet 30 Pf. und berechtigt zu allen Plätzen. Die Teilnehmer haben außerdem das Recht an dem Tage der Vorführung das Theater zu betreten, wann sie wollen, und solange sich darin aufzuhalten, wie sie wünschen, jedoch sie auch das übrige reguläre Programm sehen können.

Der Vorverkauf findet statt im Arbeitersekretariat, „Volkswacht“-Buchhandlung, auf den Gewerkschaftsbureaus, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, „Schimpel“, Durlacherstraße, im „Auerhahn“, Schützenstraße, in der „Eiche“, Angartenstraße, in der „Palme“, Lessingstraße, sowie in den Singstunden der Arbeiter-Gesangsvereine.

Ein Schiedspruch über die Tarifauflegung bei der Firma Sinner.

Am 4. April hat der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter nach vorhergehendem Streit mit der Gesellschaft Sinner, Grünwinkel, einen Tarifvertrag für den Mälzereibetrieb abgeschlossen. Ueber die Auslegung dieses Tarifvertrages kam es hinsichtlich der Bezahlung des Zuschlages für Sonn- und Feiertagsarbeit zwischen den Kontrahenten zu Meinungsverschiedenheiten. Als Sonn- und Feiertag gilt die Zeit von 12 Uhr nachts bis vierer 12 Uhr nachts, und ist hierfür ein Zuschlag von 66 2/3 Proz. vorgesehen. Die Firma weigerte sich, den Mälzereiarbeitern diesen Zuschlag zu bezahlen und führt aus, daß, wenn anderen Arbeitern dieser Zuschlag bezahlt worden sei, so sei dies aus Versehen geschehen und wird nur mehr wofür als weise weiter gemacht. Die Mälzereiarbeiter hätten aber keinen Anspruch auf diesen Zuschlag. Dieser Auffassung trat die Organisationsleitung entgegen. Man einigte sich dann dahin, daß ein Schiedsgericht darüber entscheiden soll, wozu beide Parteien je zwei Beisitzer ernennen. Als unpar-

zeißer Vorsitzender fungierte der Syndikus des Mittelbairischen Brauereiverbandes, Herr Huber, welcher in zutvorkommender Weise dieses Amt übernahm. Es wurde folgender Schiedspruch über diesen Tarifstreitpunkt gefällt:

Karlsruhe, 14. Juni 1913. In den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter hier! In Sachen Mülentarif teile ich Ihnen zu ihrer vorläufigen Kenntnisnahme mit, daß das Schiedsgericht in seiner heutigen Sitzung folgenden Schiedspruch gefällt hat: 1. Es wird festgestellt, daß die beklagte Firma auf Grund der §§ 2 und 3 des unterm 4. April 1913 mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter abgeschlossener Tarifvertrags verpflichtet ist, den Mühlenarbeitern ab 5. April d. J. auch bei regelmäßiger, die normale Präsenzzeit nicht überschreitender Schichtarbeit, für die Stunden von Samstag nachts 12 Uhr bis Sonntag früh 6 Uhr den Zuschlag von 66% Proz. zu bezahlen. 2. Die Beklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. 3. Der Vorsitzende wird ermächtigt, die erforderlichen Aufstellungen an die Parteien namens des Schiedsgerichts zu bewirken.

Hochachtungsvoll Dr. Huber.

Kinderferienausflüge

werden in verschiedenen Städten seitens der von unsern Frauensektionen gebildeten Kinderforschungskommissionen veranstaltet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß derartige Veranstaltungen einen hohen sittlichen, ideellen und hygienischen Wert beanspruchen. Hier in Karlsruhe soll demnächst eine Kinderforschungskommission ins Leben gerufen werden. Wir möchten wünschen, daß dies möglichst bald geschieht, damit auch die hiesigen Proletarierkinder die großen Vorteile solcher Institutionen teilhaftig werden.

Die Rosen blühen!

Endlich ist die Zeit gekommen, wo der Rosengarten das Vieles soll, was man von ihm erwartet und erhofft hat. Manche Sorge und manche Mühe war zu überwinden bei den Verhandlungen mit den Ausstellern, beim Pfanzeln, beim Ueberwintern, im Kampf gegen Feinde und Schädlinge. Die treu sorgenden Gärtner haben alle Fährlichkeiten abzuhalten verstanden, unterläßt von verhältnismäßig günstigem Wetter. Die Rosen stehen „gesund und rein“ da, wie der Fachmann sagt und beginnen in fippiger Fülle Knospen und Blumen zu entfalten. Ein prächtiger Gesamtanblick das Ganze! Wer einzelne Sorten studiert, um die schönsten herauszufinden, der verläumt nicht, unsern herrlichen Stadtpark zu besuchen, dessen Flora jetzt in äppiger Blüte steht.

Auf dem Meere umgekommen.

Wie die „Bairische Presse“ berichtet, haben am 7. ds. Mts. drei Studenten der Kieler Universität eine große Segeltour unternommen, von der sie bis jetzt noch nicht zurückgekehrt sind.

Vorgestern traf in Kiel ein Segler aus Königsberg mit dem Boote der Studenten im Schlepptau ein. Der Segler hatte das Boot auf hoher See treibend gefunden. Im Segelboot befand sich das Tagebuch, das bis zum 10. Juni reicht und schwere Stürme verzeichnet. Unter den vermischten Studenten sind zwei junge Karlsruher, die zurzeit in Kiel studieren. Es ist wahrscheinlich, daß die jungen Leute im Sturme umgekommen sind.

Ein starker Regen.

Der eben so segensreich wie erquickend wirkte, ging heute nacht nieder. Die Temperatur hat sich merklich abgekühlt. Bei dem getrigen Gewitter hat der Blitz wiederholt eingeschlagen. In der Vorholzstraße beschädigte eine kalter Schlag die Fassade eines Hauses. Im nahen Rinkheim traf ein Blitzschlag das Haus der Witwe Reb, das Haus des Schreinermeisters Kähler und den Bligableiter der evangelischen Kirche. Feuer entstand nirgends. Die Beschädigungen sind leichter Natur.

Gestorben ist an den Folgen seiner Verletzungen der 21 Jahre alte Tagelöhner Gg. Machauer, welcher am 17. I. M. zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen geraten ist.

Unfällefall. Gestern vormittag halb 11 Uhr erlitt ein verheirateter, 47 Jahre alter, auf dem Bahnhof in Durlach beschäftigter und in Ralsch, Amt Ettlingen wohnhafter Tagelöhner dadurch einen Unfall, daß er beim Ueberqueren des Gleises von einer Lokomotive erfaßt und zur Seite geschleudert wurde, wobei er sich einen komplizierten Oberarmbruch und leichtere Kopfverletzungen zuzog. Er wurde mittels des Krankenautos in das hiesige städtische Krankenhaus verbracht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Kaiserpanorama ist gegenwärtig die zweite Reise nach Brasilien ausgestellt. Die eigenartigen photoplastischen Darstellungen sind außerst interessant und ein Besuch des Kaiserpanoramas nur aufs Beste zu empfehlen.

Im Café Bauer

tritt seit einigen Tagen der Geigenvirtuose Lajos Rigo auf. Herr Rigo verfügt über eine ganz hervorragende Technik und gibt allerlei Virtuositäten zum besten. Das Café Bauer bildet infolgedessen allabendlich den Anziehungspunkt für ein zahlreiches Publikum, das dem Künstler lebhaften Beifall spendet.

Der Verein Karlsruher Presse (Schriftsteller- und Journalistenverein), e. V., veranstaltet heute Freitag, abends 7/9 Uhr, im oberen Saale des „Friedrichshofes“ zu Ehren des von hier scheidenden Chefredakteurs Dr. Johannes Rathje einen Unterhaltungsabend.

Sommertheater. In neuen Gewände wird sich unsere Festhalle Samstag den 21. Juni den Besuchern vorstellen, ein farbenprächtiges Proszenium, entworfen und hergestellt von dem Dekorationsmaler Hermann Kudel, teilt der großen Saal in zwei Säle, an dessen nördlichem Ende der bisherigen Kuppel sich die Bühne befindet. Statt des weiten flachen Saales sehen wir einen überaus behaglichen Zuschauertraum, dessen größter Teil terrassenförmig, unter Benutzung des früheren Sängerpodiums, ansteigt. In der Mitte heben sich vier Reihen Logen sowie Mittellogen in Rita und hellgelbem Ton aufrecht geschmackvoll ab, dahinter befindet sich, ebenfalls terrassenförmig ansteigend, das Hochparkett. Vor den Logen befindet sich der Sperris. Auf der neu geschaffenen Bühne kann man ein reges Treiben beobachten. Die Proben für die Eröffnungsvorstellung „Leo Falck“ neuesten Operettenschlager „Der liebe Augustin“ sind in vollem Gange. „Der liebe Augustin“ mit seinen prächtigen Melodien ist auch unserem Publikum kein Unbekannter. Die Hauptrollen sind: Wo steht denn das ge-

schrieben“ und „Der Himmel hängt voller Geigen“. Dieser Walzer wurde sogar bei der Hochzeitsfeier im Kaiserhause gespielt. Der Vorberlauf bei Geism. Moos hat begonnen. Dubenkarten sind bis zum 26. Juni zu ermäßigten Preisen in der Hofmusikalienhandlung von Kunz und im Theaterbureau erhältlich.

Gerichtszeitung.

Aus der Offenburger Strafkammer.

L. Wegen Körperverletzung stand gestern der Rekrut Faber Henmann von Hofweier vor der Strafkammer. Es ist dies jener Vorgang vom 26. Januar ds. J., wo der Angeklagte aus ganz geringfügiger Ursache mit einer Eisenklinge auf drei gleichaltrige Burschen einschlug, wobei einem namens Ritter das linke Ellenbogengelenk entzweigeschlagen wurde, so daß der Arm steif bleiben wird; eine Zeitlang schwebte der junge Mann wegen hinzugezetzter Blutergüsse in Lebensgefahr. Vier Monate Gefängnis, ab 5 Wochen Untersuchungshaft und die Kosten, sind außer den zivilrechtlichen Folgen das Resultat für den Angeklagten.

L. Wegen einfachen Bantrotts erhielt der von Hilsbach gebürtige hiesige Kaufmann Jakob Maher von der Strafkammer eine Geldstrafe von 60 M., weil er die Bücher nicht bordschriftmäßig geführt und die Bilanzen nicht rechtzeitig gezogen hatte.

Neues vom Tage.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Budapest, 19 Juni. Bei einem Neubau in der Ortschaft Petrozujny stürzte ein Gerüst ein. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, mehrere andere Leute wurden schwer, einige leichter verletzt.

Friedfeld (Kreis Hersfeld), 19. Juni. Auf dem Kali-Bergwerk Gericha ereignete sich eine Dynamit-Explosion, durch die zwei Vergleute auf der Stelle getötet wurden. Weitere 20 Mann der Belegschaft wurden betäubt und schwebten in großer Lebensgefahr, konnten aber schließlich doch noch gerettet werden.

Mörs, 19. Juni. Die auf der Fache Friedrich Heinrich in Lintorf gestern durch herabstürzende Gesteinsmassen eingeschlossenen 14 Vergleute konnten gestern abend unverfehrt beorgen werden.

Augsburg, 19. Juni. In der Maschinenfabrik Augsburg-Mürnberg ist gestern das Seitenschiff einer Rotationsmaschine vom Kran abgestürzt. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei erlitten schwere Verletzungen.

Vom Blitz erschlagen.

London, 19. Juni. Auf einem Ausflug, den 160 Schulkinder unter Aufsicht ihrer Lehrer nach dem Strand von South Shields unternahmen, wurden sie von einem Gewitter überfallen. Der Blitz schlug zweimal in die Schulkinder. Ein Knabe und ein Mann, der den Ausflug mitmachte, wurden getötet. Mehrere andere Kinder betäubt.

Luftschiffahrt und flugsport.

Fliegerabstürze.

Berlin, 19. Juni. Ein schweres Fliegerunglück ereignete sich heute morgen gegen 4 Uhr auf dem Flugplatz Johannisthal. Der Flieger Krastel war mit dem Wermeister Grubitz auf einem Baumann-Freitag-Doppeldecker zu einem Wettbewerb um einen Preis der National-Flugbewerbe aufgestiegen. Nachdem Krastel bereits mehrere gelungene Flüge zurückgelegt hatte, überflog sich der Apparat in etwa 20 Meter Höhe und stürzte zur Erde. Die beiden Flieger wurden aus ihren Sitzen geschleudert und blieben tot auf dem Plage. Der Apparat lag völlig zerrümmert neben den Leichen.

Paris, 19. Juni. Der Militärflieger Leutnant Person stürzte gestern in der Nähe von Revers aus einer Höhe von 150 Meter ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. — In Champes ist der Flieger Dememar aus 50 Meter Höhe abgestürzt und war sofort tot. — Bei Amberieu stürzte der Zivill-Flieger Jean ab und wurde schwer verletzt aufgefunden.

Letzte Nachrichten.

Die Aufhebung der Wertzuwachssteuer abgelehnt.

Berlin, 19. Juni. In der Budgetkommission des Reichstages wurde der nationalliberale Antrag auf Aufhebung des Wertzuwachssteuergesetzes von 1911 gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Fortschrittler abgelehnt.

Verzicht des Prinzen Ernst August auf Hannover.

Berlin, 19. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrem heutigen Abendblatt:

Mit Zustimmung seiner königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland und seines Herrn Sohnes geben wir folgende Erklärung bekannt, die Prinz Ernst August mit Genehmigung seines Herrn Vaters mit einem Schreiben an den Reichskanzler vom 20. April abgegeben hat:

„Eure Erzellenz beehre ich mich, davon in Kenntnis zu setzen, daß mein Herr Vater, Seine königliche Hoheit der Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, den Entschluß gefaßt hat, in der Voraussicht der Aufhebung der Beschlüsse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 und 28. Februar 1907, seine Rechte auf die Regierung im Herzogtum Braunschweig auf mich zu übertragen, die bekannten, meine Person betreffenden jüngsten Ereignisse, insonderheit meine Verlobung mit S. K. H. der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, haben die den Beschlüssen des Bundesrats zugrunde liegende Sach- und Rechtslage geändert. Mit Zustimmung meines Herrn Vaters habe ich meine Einstellung als Offizier im kgl. preussischen Heere nachgedacht und Sr. Majestät dem Kaiser und König Treue und Gehoriam eidlich gelobt. Darin liegt das Verprechen, daß ich nichts tun und unterstützen werde, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Bestand Preußens zu verändern. Diese Sach- und Rechtslage wird in Ver-

bindung mit dem Verzicht meines Herrn Vaters auf den braunschweigischen Thron nach meiner Ueberzeugung die Aufhebung der früheren Beschlüsse des Bundesrats rechtfertigen. Ich darf mir vorbehalten, eine Verzichtserklärung meines Herrn Vaters auf den braunschweigischen Thron seinerzeit zu überreichen. Mit aller Hochachtung Eure: Erzellenz ergebenster gez. Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Gmunden, 20. April 1913.“

Graf v. Feilitzsch †

München, 19. Juni. Der langjährige Minister des Innern, Graf Max v. Feilitzsch, ist heute nachmittag in seiner Wohnung an Herzschlag, 79 Jahre alt, gestorben.

Reichstagsstichwahl in Pyrmont.

Pyrmont, 19. Juni. Bei der heute stattgefundenen Reichstagsstichwahl wurde Dr. Raumann mit 6593 Stimmen gegen den Antisemiten Vielmeyer, der 6327 Stimmen erhielt, gewählt.

Der Kampf um die franz. Wahlreform.

Paris, 19. Juni. Die Kommission der Kammer für das allgemeine Wahlrecht stimmte, nachdem sie den Ministerpräsidenten und den Minister des Innern über die Anschauung der Regierung gehört hatte, mit 19 gegen 13 Stimmen für den Antrag Jaures, der den vom Senat genehmigten Wahlreformvorschlag verwirft. Die Kommission faßte sodann mit 18 gegen 13 Stimmen den Beschluß, den Text der Kammer wieder aufzunehmen, denselben Berichterstatter zu ernennen und zu verlangen, daß die Kammer noch vor den Ferien ihre Entscheidung treffe.

Von der belgischen Wahlreform.

Brüssel, 19. Juni. Die von der Regierung zur Prüfung des Wahlrechtsmodus für die Kommunen und die Provinzen einberufene Kommission ist heute zusammengetreten. In der Eröffnungsitzung erläuterte der Minister des Innern die Aufgaben der Kommission.

Balkan-Konflikt.

Die Stimmung in Serbien.

Belgrad, 19. Juni. Hier ist die Lage anhaltend sehr ernst. Man hält eine friedliche Lösung der Fragen mit Bulgarien infolge der jüngsten Saltung in Sofia geradezu für unmöglich. Man weiß hier genau, daß nunmehr die Zusammenziehung der bulgarischen Truppen beendet ist, behauptet aber auch, im bulgarischen Heere gäbe es eine Strömung gegen den Bruderkrieg mit Serbien; außerdem herrsche die Cholera in dem schlecht gepflegten bulgarischen Truppenkörper.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Nr. 100. Auf Grund der mitgeteilten Vertragsklausel müssen Sie die durch die Änderung der Gewerbe entstandenen Mehrkosten tragen.

Nr. 1. Minderjährige, die über 7 Jahre alt sind, können, wenn der gesetzliche Vertreter die Genehmigung dazu gibt, ein Geschäft, z. B. einen Kauf abschließen und damit das Eigentumsrecht an der gekauften Sache erwerben. 2. Für Verpflichtungen der Eltern kann das Eigentum des Minderjährigen nicht in Anspruch genommen werden. 3. Erfolgt eine Pfändung des Eigentums eines Minderjährigen für Verpflichtungen der Eltern, so kann der Minderjährige Einspruch gegen die Pfändung erheben. 4. Ja.

Geschäftliches.

Durlach. Nächste Woche erscheint der 2. Jahrgang der hochinteressanten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Jede Woche ein Heft à 15 Pf., am Schluß des Jahres 3 Bände gratis. Neue Leser wollen ihre Bestellungen umgehend nur an meine Adresse gelangen lassen, damit in der Zustellung keine Verzögerung eintritt. 1714

Bei der Hitze liegt mehr oder weniger der Appetit darnieder. Deshalb sollte man diesen durch pikante Gerichte anzuregen suchen. Aber nicht durch solche, die noch mehr Durst verursachen. Kalte Saucen sind bei Hitze zu Fleisch und Fisch beliebt. Vor allem ist da Kräutersauce, auch Kräuterröster zu empfehlen. Zur Sauce werden die feingehackten Kräuter mit saurer Sahne, Zitronensaft, feinem Öl, Salz und etwas Magis Würze innig verrührt. Die Letztere hat die Eigenschaft, die Lust zu wecken und die Verdauung zu fördern. Deshalb ist es ratsam, sie bei Saucen, Gemüsen, Salaten usw. öfter anzuwenden. Auch in Kräuterröster verarbeitet man sie, desgleichen in die kalten Saucen, wie Mayonnaise, Schnittlauch-, Petersilien-, Dill-, Cumberland-, englische- und Heringsauce.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.

Wir empfehlen folgende Proschüren: „Wie schütze ich mich vor hartem Familienzwang?“ Preis 50 Pf., Porto 5 Pf. — „Frauenleiden“; Die Verhütung der Schwangerschaft“. Preis 20 Pf., Porto 3 Pf. Wir empfehlen den agitatorisch tätigen Genossen für die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen „Die sozialdemokratische Gefahr in Baden“ von A. Weichmann. Preis 25 Pf., Porto 5 Pf. „Der sozialdemokratische Mandatswerb von 1909“ auf Grund der Wahlschriften und anderer Momente in seiner Unsicherheit dargestellt von Theodor Bader, Preis 150 Mark, Porto 10 Pf.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Nachfahrerbund „Solidarität“.) Sonntag den 22. ds. Mts.: Teilnahme am Festzug der „Freier Turnerschaft“. Treffpunkt um 1 Uhr im Lokal, Kaiserstraße 13. Für diejenigen Mitglieder, welche sich am Bezirksfest des 5. Bezirks in Wittersdorf beteiligen, ist ebenfalls Abfahrt um 1 Uhr vom Lokal. Zahlreiche Beteiligung wird gewünscht. 1710  
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 22. Juni: A. Pfalz-tour Bergzabern, Madelstein, Lindelbronn, Klingenstein. Abfahrt 5.44 Uhr (Hauptbahnhof). Fahrpreis 1.70 M. Gehzeit 6 Stunden. — B. Halbtagestour: Bruchhausen, Ettlingenweiler, Ettlingen. Abmarsch 2 Uhr vom Stephaniensbad Veierheim. Fahrpreis 15 Pf. 1703  
Karlsruhe-Wülzburg. („Bruderbund“) Heute Freitag abend punkt 7/9 Uhr: Probe für Männerchor im kleinen Saale des „Röhlen Krug“. Gäste willkommen. 1711  
Breiten. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Engel“: Versammlung mit Vortrag des Kollegen E. Rüdter. 1690  
Oberkirch. (Arbeiter-Turnverein „Freiheit“) Samstag, den 21. Juni, abends 7/9 Uhr: Monatsversammlung. 1705  
Der Vorstand.



# Freie Turnerschaft Karlsruhe

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Samstag, den 21. Juni 1913, abends halb 9 Uhr im Colosseumssaal:

## 15. Stiftungs-Fest

(Konzert, turnerische Aufführungen, Tanzunterhaltung)

unter gefl. Mitwirkung des

Gesangvereins Lassalla und des Gewerkschaftsorchesters

Festrede: Kreisvertreter C. Niemann aus Mannheim.

Hierzu laden wir die verehrl. Mitglieder nebst werten Angehörigen, die tit. Angehörigen unserer Zöglinge, Schüler und Schülerinnen, sowie alle Freunde des Vereins freundl. ein.

Programme, welche zum Eintritt berechtigen, werden den Mitgliedern zugestellt. Weitere Programme (für Herren à 30 Pfg., für Damen à 20 Pfg.) sind bei den Einkassierern, im Fahrradhaus „Frisch auf“, Amalienstrasse 22, und an der Abendkasse erhältlich.

Sonntag, den 22. Juni 1913:

## Sommer-Fest

auf unserem Turnplatz beim städt. Wasserwerk

Nachm. 2 Uhr: Festzug vom Vereinslokal „Gambrinushalle“ (Ludwigsplatz) auf den Turnplatz. Dortselbst: Konzert, Aufführungen der Schüler und Schülerinnen, Wett- und Gesellschaftsspiele aller Art, Volksbelustigung. — Abends Feuerwerk.

la. Bier aus der Brauerei Moninger, alkoholfreie Getränke, diverse Speisen zu zivilen Preisen.

Auch bei dieser Veranstaltung erwarten wir vollzählige Beteiligung unserer Mitglieder nebst Angehörigen, sowie unserer Jugendturner und Turnerinnen mit ihren Angehörigen; ferner laden wir die gesamte Karlsruher Arbeiterschaft und unsere Brudervereine der Umgebung freundl. hierzu ein. Der Turnrat.

# Arbeiter-Gesang-Verein „Edelweiß“

Darlanden.

Sonntag, den 22. Juni, nachmittags von 2 Uhr ab bei der Albbücke in Darlanden

## großes Waldfest

verbunden mit Musik, Gesang, Glücksrad und Scheibenschießen.

Hierzu laden wir die gesamte Arbeiterschaft von Darlanden sowie von Karlsruhe und Umgebung freundlichst ein

Der Vorstand.

## Ausverkauf Adlerstrasse 18a.

Grosse Posten

1659

Moderne Herren-Anzüge	Mk. 12.- bis 40.-
Leinen-Joppen	1.50 1.80 2.25 3.50 bis 6.-
Lüster-Joppen	2.50 3.50 4.25 4.80 bis 12.-
Loden-Joppen	2.75 3.50 4.00 bis 9.-

## Ausverkauf Adlerstrasse 18a.

**Arbeits-Anzüge**

Blaue 579

Baumwolle St. 3.80

Halbleinen „ 5.00

Riesendrell „ 5.00

Auf diese Preise noch Marken oder 5% Rabatt

**Joh. Herfenstein**

h. Fr. Koch Herrenstr. 25.

**Sängerbund Vorwärts**

18 90

**Karlsruhe**

Sonntag, nachmittags 4 Uhr Besuch des Sommerfestes der „Freien Turnerschaft“ (Turnplatz hinter dem Wasserwerk).

Abends 8 Uhr im Vereinslokal: Einweihung der vom Gesangverein „Union“ Nürnberg gestifteten historischen Pokale.

Zahlreichen Besuchen obiger Veranstaltungen sieht entgegen

**Der Vorstand.**

1709

**Wohlfahrts-Lotterie!**

Ziehung schon 12. Juli 2022 Gew. i. Gesamtw. v.

**12 000 Mk.**

Hauptgewinn **3 000 Mk.**

**Offenburger Jubiläums-Lotterie**

Ziehung am 23. Juli Gesamtwert d. Gewinne **30 000 Mk.**

Hauptgewinn **6 000 Mk.**

Wohlfahrts-Lose à 50 S.

11 Lose 5 Mk.

Offenburger-Lose à 10 S.

11 Lose 10 Mk.

Porto und Liste je 25 S.

empfehlen 1558

**J. Stürmer**

Lotterie-Unternehmer

Hilale: Kohl a. M., Hauptstr. 41.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Gebr. Gühringer, Kaiserstr. 60, Voerer & Wehrle, Erbprinzenstr. 29.

**Neue Hochsee-Vollheringe**

Stück 7 Pfg.

**Neue Sommer-Malta-Kartoffeln**

vorzügliche Qualität

3 Pfund **40** Pfg.

empfehlen 1628

**Sommer-Theater.**

Direkt.: Fr. Grünwald.

Samstag, 21. Juni

abends 8 1/2 Uhr: 1700

**Eröffnungs-Vorstellung**

**Der liebe Augustin.**

Um zu räumen werden sämtliche Herrenkleider - Stoff Reste, Kostüm- und Loden-Reste zu enorm billigen Preisen abgegeben.

1192

**Kaiserstr. 133 1 Treppe hoch.**

Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse.

**Mühlburg.**

**Richard Horn**

Friseur

Mühlstr. 30 (Westendhalle).

Sorgfältigste Bedienung.

Billigste Preise. Damenfrisieren. Anfertigung aller Haararbeiten. 1196

**Athleten-Sportklub „Arminia“.**

Sonntag den 22. Juni

**Großes Gartenfest**

verbunden mit Tanz, Anfang 4 Uhr, wozu Freunde und Gönner des Vereins höflich eingeladen sind.

1708

**Der Vorstand.**

**Musikverein Harmonie Karlsruhe**

Heute Freitag Abend 9 Uhr in der Wolfschlucht

**General-Probe**

zum 4. mittelhessischen Musikfest am 22. Juni in Aghern.

Nähere Mitteilungen erfolgen in dieser Probe.

**Der Vorstand.**

**Ortskrankenkasse Durlach.**

Zu einer **außerordentlichen Generalversammlung**

werden deren Mitglieder auf Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, in den Rathhauseaal eingeladen.

Tagesordnung:

**Beratung und Beschlussfassung der mit dem 1. Januar 1914 in Kraft tretenden Statuten.**

Durlach, den 19. Juni 1913. 1718

**Der Vorstand:** Girschauer.

**Pferdefleisch!**

Meiner werten Kundenschaft zur Kenntnis, daß ich Samstag ein 8 Wochen altes Fohlen anschau und empfehle meine sonstigen nur prima Fleisch- und Wurstwaren.

Auch Versand nach auswärt.

1689

**C. Gramlich, Pferdeschlächtere** mit elektr. Betrieb

Durlacherstraße 59. Telefon 331.

**Verkaufe und Käufe**

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisekoffer: 188

**Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy**

Markenstraße 22, Tel. 2015.

**Kunst-Speise-Fett.**

Sie sparen die Hälfte am Preis!

1 Pfd. à 62 S., 5 Pfd. à 58 S.

10 Pfd. à 56 S., 20-50 Pfd. à 54 S.

Grosser Versand nach auswärt in 5, 10 und 20 Kilo-Eimern.

**Gebrüder Hensei, Hottel.**

Karlsruhe i. B.

**Schlafzimmer**

2 englische Bettstellen, nußbaum poliert, Nachtsch. und Waschkommode mit Marmor und Spiegel, gelacktes, und 1 doppelter Spiegel, Preis nur 215 Mk., abzugeben. Ganz Aussteuerung sehr billig im Möbel- u. Bettenhaus der Weststadt 1688

Wilh. Seiter, Sofienstr. 85.

**Zapf's Fruchtwein**

wird aus besten Früchten hergestellt und kostet trotz der unübertroffenen Qualität nur 7 Pfennig per Liter.

Wer probt - lobt!

**Bucherer**

in sämtlichen Filialen.

**Washkommode m. Marm.**

3 Wk., Pfeilerkommode 15 Wk., Bett m. Federbett 30 Wk., Tisch 3 Wk., Waschtisch 7 Wk., Schrank, Parquett 220 m lg., billig zu verkaufen. Ludw.-Wilhelmstr. 18, 6. St. part. 1715

**1 Kopfschiff** wie neu, weg. Plagemangel billig zu verk. Bachstraße 75, 8. St. Anzusehen von morgens 8 Uhr ab.

**Darlanden. 1692**

**Wohnung** von 3 Zimmer u. allem Zubehör sowie Säbnerhof u. Garten zu verm. **Kaferwörthstr. 15.**

Zu verkaufen: Schöner Wäschdivan 30 Wk., fast neuer Küchenschrank 14 Wk., runder Tisch 4 Wk., komplettes schönes Bett 30 Wk., großer Kleiderschrank 18 Wk., Nüchertisch 4 Wk. 1696

Uhlstr. 12, parterre.

**Damen-Hüte**

werden einfach und chic gearbeitet. Umarbeiten älterer Hüte bei billigster Berechnung.

**N. Niedermeier, Ruppurr.**

Löwenstraße 13. 1444

**Pfannkuch & Co**

**Neue Egypter Zwiebeln**

7 Pfg. 1665

10 Pfd. **65** Pfg.

**Frische holländer Schlangengurken**

St. **28 u. 30** Pfg.

**Neue Bismarck-Heringe**

Stück **10** Pfg.

die 4 Liter Dose **2.60**

**Neue Matjes-Heringe**

Stück **10** Pfg.

**Pfannkuch & Co**

**Neue Sommer-Malta-Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Neue Spanische Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Pfannkuch & Co**

**Neue Sommer-Malta-Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Neue Spanische Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Pfannkuch & Co**

**Abschlag!**

**Neue Italiener Kartoffeln**

feinste gelbe

3 Pfd. **20** Pfg.

10 Pfd. **65** Pfg.

Zentner **6.25**

**Neue Sommer-Malta-Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Neue Spanische Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Pfannkuch & Co**

**Neue Sommer-Malta-Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Neue Spanische Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Pfannkuch & Co**

**Neue Sommer-Malta-Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Neue Spanische Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Pfannkuch & Co**

**Neue Sommer-Malta-Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.

**Neue Spanische Kartoffeln**

3 Pfd. **35** Pfg.

10 Pfd. **1.15** Mk.



Freitag Samstag Montag

# Die 3 Schluss-Tage meiner Spar-Woche

In den letzten Tagen sind noch **grosse Posten** neuer Ware hereingekommen, die **ausserordentlich preiswürdig** ist.

**Schürzen**  
 Russenkittel, wachecht . . . . . 1.45 **95** S  
 Zierschürzen, mit Träger, eleg. foul. Satin . 1.45 **95** S  
 Kleider-Schürzen, oh. Aermel, schw. Qual.-Zengle **1.45**

**Waschstoffe**  
 Waschstoffe all. Art, Zefir, Percal, Baumw.-Mousseline **45** S  
 Woll-Mousseline, mit und ohne Borden . . . . . **95** S  
 Waschstoff-Reste enorm billig.

**Damen-Wäsche**  
 Damen-Hemden (la. Reuterei od. Cretonne) . 3.75, 2.85 **1.45**  
 Damen-Beinkleid (beste Ausführung) . 2.85, 1.95 **1.45**  
 Stickerel-Röcke, hübsche Garnitur . . . 3.75, 2.85 **1.45**

**Aussteuer-Artikel**  
 Hemden-Tuche, grosse Posten, gute Qualität . . . **38** S  
 Halbleinen, ca. 150 cm breit, schwere Qualität . **1.45**  
 Bett-Damaste, weiss, vorzügl. Qual., ca. 130 cm br. **95** S

**Fertige Bett-Wäsche**  
 Bett-Tücher, 1/2leinen, gross. Post., 150/220 cm br. **2.45**  
 Bett-Bezüge, Damast, Ia. Qualität . . . . . **4.50** **3.75**  
 Kopf-Kissen-Bezüge, beste Verarbeitung **1.45, 95, 75** S

**Trikotagen**  
 Herren-Netzjacken . . . . . **75** **45** S  
 Herren-Trikot-Einsatz-Hemden . . . . . **1.95, 1.45**  
 Herren-Trikot-Hemden Macco, Ia. Strapazier-Qual. . **2.85** **1.95**

**PUTZ**

Kinder-Südwester . . . . . **45** S  
 Damen- oder Mädchenhüte einfach garniert . . . . . **1.45**  
 Damen-Hut-Form . . . . . **1.95**  
 Damen-Hut mit Blumen und Bandgarn. **3.75** **2.85**

**Mode-Waren enorm billig**

	Series I	II	III	IV
Posten Jabots und Tüll-Stickerel	0.18	0.38	0.45	0.95
Posten Stickerel- und Mull-Kragen	0.12	0.25	0.45	0.95
Posten Spachtel-Kragen	0.58	0.75	0.95	1.45
Posten Spachtel- u. Mull-Garnituren	0.95	1.45	1.95	2.85
Posten Schweizer Stickerelen, Einsätze u. Spitzen, Stecke, 4,10 u. 6,50 m	0.45	0.95	1.45	

**Gardinen**  
 1 Paar Gardinen, engl. . . . . **6.75** **3.75**  
 Storstoff, 130 cm breit . . . . . **1.45** **95** S  
 Kunstleinen, 180 cm . . . . . **1.35** **95** S

**Teppiche**  
 Bettvorlagen, gute Qualität . . . . . **3.75** **2.85**  
 Kochelleinen und Tischdecken . . . . . **6.75** **4.50**  
 Linoleum-Teppiche, 150/200 cm . . . . . **3.75**  
 Linoleum-Teppiche, 200/250 . . . . . **8.50**

**Blusen**  
 1 Posten Blusen, farbig . . . . . Stück **2.85** **1.45** **95** S  
 1 Posten Blusen, weiss . . . . . Stück **4.50** **2.85** **1.45**  
 1 Posten Blusen, seiden . . . . . Stück **6.50** **5.75** **4.50**

**Kostüm-Röcke**  
 Kostümröcke, engl. Art und weiss . . . . . Stück **2.85** **1.95**  
 Kostümröcke, engl. und blau . . . . . Stück **4.50** **3.75**  
 Kostümröcke, eleg. Qualität . . . . . Stück **8.50** **6.75**

**Kostüme**  
 Kostüme, engl. und blau . . . . . Stück **18.50** **12.50**  
 Kostüme, grosse Auswahl . . . . . Stück **27.00** bis **21.50**  
 Kostüme, elegante Ausführung . . . . . Stück **49.-** bis **38.-**

**Kleider**  
 Kleider, weiss, Stickerel . . . . . Stück **12.75** **8.50**  
 Kleider, Woll-Mousseline . . . . . Stück **18.50** **12.75**  
 Kleider, sehr elegant, darunter prachtvolle Modelle, bedeutend reduziert.

**Mädchen-Konfektion**  
 Mädchen-Kleidchen, farbig, Gr. 45-75 . . . . . Stück **2.85**  
 Mädchen-Kleidchen, farbig, Gr. 45-75 . . . . . Stück **3.25**  
 Mädchen-Stickerel-Kleidchen, Gr. 45-75 Stück **4.50** **3.75**

**Knaben-Konfektion**  
 Knaben-Anzüge, Blusenform, Gr. 0-4 . . . . . Stück **95** S  
 Leibchen-Hosen, blau, Satin, Gr. 0-4 . . . . . Stück **95** S  
 Prinz-Heinrich-Anzüge blau, Satin, Gr. 1-8 St. **3.75** **3.25**

# Hugo Landauer

Kaiserstrasse  
Lammstrasse

**Reparaturen**  
 an Uhren, Goldwaren, Brillen u. Zwicker werd. unter Garantie fachgemäss in eigener Werkstätte sofort und billigst ausgeführt.  
**Gg. Paul, Uhrmacher, Marienstr. 33. 914**

**Gesangverein „Bruderbund“ Karlsruhe-Mühlburg.**  
 Sonntag den 22. Juni ds. Js., nachmittags 3 Uhr, findet ein **Tanz-Musikflug** nach **Welsch-Neureuth** zu Mitglied **Grosz** ins „Felsbüchle“ statt. Treffpunkt nachmittags halb 3 Uhr an der Telegraphen-Kaserne, Ecke **Hardt- und Woltkestrasse**. Hierzu sind die verehrlichen Sänger und Sängerinnen, sowie alle passiblen Mitglieder freundlichst eingeladen. Gäste sind willkommen. Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.  
 Der Vorstand. 1712

**Schuhwaren**  
 1717 **Enorm billiges Angebot.**  
 Damenhalbschuhe mit Derby u. Lackk. Mk. **4.95**  
 Herrenstiefel mit Derby und Lackk. . . . . **6.95**  
 Braune Schuhwaren für Kinder, Damen und Herren staunend billig.  
 Kinderstiefel Nr. 31-35 Mk. **4.45**  
 Nr. 27-30 . . . . . **3.95**  
**Schuhhaus „Hansi“ Karlsruhe**  
 Ecke Markgrafen- u. Kronenstrasse.

Posten bessere **Herren-Anzugstoffe**  
 werden billig verkauft, das Meter von Mk. **4.50** bis **8.50**.  
 Empfehle auch **Damenkostümstoff** sowie **Halbleine, Damast** u. **Bettfedern** in allen Preislagen. Kein Laden, daher spottbillig. Auch werden **Mass-Anzüge** von **48** Mk an angefertigt.  
**Otto Weber**  
 Gerwigstr. 21 I. Tel. 3305.

**Pfannkuch & Co**  
 Frische Sendung **Westindische Bananen**  
 feinste durchreifte Frucht 1477  
 Pfund **45** Pfg.  
 feinste haltbare **Imperial-Orangen**  
 Stück **8 u. 10** Pfg.  
 Australische **Safeläpfel**  
 Pfd. **50 u. 60** S  
**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Karlsruher Fußball-Verein e. V.**  
 unter dem Protektorat Sr. Grossh. Hoheit des Prinzen Maximilian von Baden.  
**Internationale Olympische Spiele**  
 am Sonntag, den 22. Juni 1913  
**Spannende Wettkämpfe**  
 unter Beteiligung hervorragender Leichtathleten und Turner darunter 9 Teilnehmer an den Olympischen Spielen in Stockholm, 3 deutschen und 7 süddeutschen Meistern auf dem 1706  
**Sportplatz an der verlängerten Moltkestr.**  
 vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr.

**K. F.-C. Phönix (Phönix-Alemannia) e. V.**  
 Sportplatz links d. Rheintalbahn entlang. — Telephon 1338.  
 Sonntag, den 22. Juni 1913  
 Allgemeines Training.  
 Mittwoch, den 25. Juni 1913  
 Vorstands- u. Spielausschuss-sitzung im „Hohenzollern“.  
 Bezüglich der Wettspiele der verschied. Mannschaften wird auf die Terminliste in der Vereinszeitung verwiesen. 1697

**Sport-Beier**  
 Kaiserstr. 174, b. d. Hirschstr.  
 Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde“ 18  
 G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Pfannkuch & Co**  
 Beste u. praktischste **Fliegenfänger**  
**Pyramiden-Fliegenfänger**  
 Marke „Schwapp“  
 Stück **5** 1686  
**100 Stück 4.60**  
 Marke „Drossel“ und andere  
**3 Stück 10** S  
**100 Stück 2.70**  
**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Wilderstrasse 5, 3. St., ist ein freundl. möbl. Zimmer auf 1. Zust. billig zu vermieten. Müppurrerstr. 23, III., rechts.**

**Divan billig zu verkaufen.** 1650  
 Müppurrerstr. 23, III., rechts.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
 Chefabteilung vom 17. Juni. Eugen Lang von Moltkestr., noch hier, mit Meta Gohmeier von hier.  
 Geburten vom 11. bis 14. Juni. Effa Luise Rosina, B. Josef Müller, Architekt. — Anna Ilse Alice, B. Albert Lenz, Fabrikant. — Selma Pia Emilie, B. Wlth. Gausmann, Ingenieur.

**Fussball-Club Mühlburg Verein für Rasenspiele**  
 e. V. — Gegr. 1906.  
 Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.  
 Samstag den 21. Juni: **Spieler-Versammlung.**  
 Sonntag den 22. Juni: **1. Mannschaft Entscheidungsspiel um die süddeutsche Meisterschaft in Ulm.** 1704  
 Abfahrt 9.43 Uhr.  
 Die übrigen Mannschaften **Leichtathletik-Training.**

**Sport-Beier**  
 Kaiserstr. 174, b. d. Hirschstr.  
 Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde“ 18  
 G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen.